

Barufke, Gitta

Working Paper

Neue Armut und ökologische Verhaltensmöglichkeiten

WZB Discussion Paper, No. P 01-503

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Barufke, Gitta (2001) : Neue Armut und ökologische Verhaltensmöglichkeiten, WZB Discussion Paper, No. P 01-503, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/50288>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WISSENSCHAFTSZENTRUM BERLIN
FÜR SOZIALFORSCHUNG

P01-503

Neue Armut und ökologische Verhaltensmöglichkeiten

Gitta Barufke

Querschnittsgruppe „Arbeit & Ökologie“

Im WZB sind auf Initiative des Präsidenten „Querschnittsgruppen“ zu Themen eingerichtet worden, die in mehreren Abteilungen bearbeitet werden und abteilungsübergreifend besondere Aufmerksamkeit verdienen. Bestehende Forschungsansätze und Forschungsarbeiten werden neu ausgerichtet auf wissenschaftliche Zusammenhänge hin, deren Erforschung von der Verknüpfung unterschiedlicher abteilungsspezifischer Kompetenzen profitieren kann. In Querschnittsgruppen werden auf Zeit problembezogene Forschungs Kooperationen organisiert.

Die Querschnittsgruppe Arbeit & Ökologie konzentriert ihre Aktivitäten in den Jahren 1998 und 1999 auf ein Forschungsprojekt, das soziale und arbeitspolitische Aspekte in ihrer Wechselwirkung mit zentralen Elementen von unterschiedlich akzentuierten Nachhaltigkeitskonzepten zum Untersuchungsgegenstand hat. Es wird in einem Forschungsverbund mit den Kooperationspartnern Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (WI) durchgeführt und von der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) gefördert. An dem Projekt „Arbeit + Ökologie“ beteiligen sich seitens des WZB Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus sechs Forschungseinheiten. Eckart Hildebrandt (Abteilung „Regulierung von Arbeit“) und Helmut Weidner (Abteilung „Normbildung und Umwelt“) koordinieren die Querschnittsgruppe und leiten das Forschungsprojekt, an dem auch externe Experten beteiligt sind.

Über die Arbeitsergebnisse wird fortlaufend in WZB-discussion-papers informiert. Eine Übersicht der bisher erschienenen Papiere findet sich am Ende des vorliegenden papers.

Weitere Projektinformationen sind im Internet unter <http://www.wz-berlin.de/aoe/> und <http://www.a-und-oe.de> erhältlich.

Verbundprojekt „Arbeit + Ökologie“

Die Gewerkschaften haben im DGB-Grundsatzprogramm von 1996 die Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung zu einer wichtigen Aufgabe erklärt. Ihre Suche nach einer sozial-ökologischen Reformstrategie steht unter der Prämisse, daß ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeitsziele gleichwertig verfolgt werden müssen, wobei erhebliche Defizite bei der Berücksichtigung der sozialen Dimension von Nachhaltigkeitskonzepten konstatiert werden.

Vor diesem Hintergrund haben sich die drei Forschungsinstitute DIW, WI und WZB mit ihren jeweils spezifischen fachlichen Kompetenzbereichen zum Forschungsprojektverbund „Arbeit + Ökologie“ zusammengetan. Dessen Hauptziel ist es, soziale und arbeitspolitische Aspekte in ihrer Wechselwirkung mit zentralen Elementen von unterschiedlich akzentuierten Nachhaltigkeitskonzepten zu untersuchen. Damit soll die Diskussion in Deutschland mit neuen Aspekten belebt und den Gewerkschaften eine fundierte Grundlage für ihren Strategiebildungsprozeß geboten werden.

Dabei wird sich das Forschungsprojekt auf drei Leitfragestellungen konzentrieren: (1) das Verhältnis zwischen den sozialen Implikationen von Nachhaltigkeitsstrategien und gewerkschaftlichen Zielen, (2) die Bausteine einer sozial-ökologischen Reformstrategie und (3) die Rolle der deutschen Gewerkschaften in einem gesellschaftlichen Nachhaltigkeitsdiskurs.

Das Projekt ist in die folgenden drei, zeitlich gestaffelten Phasen gegliedert:

Querschnittsanalysen: Sie dienen der Erfassung und Klärung der vielfältigen Wechselbeziehungen zwischen Nachhaltigkeit und Arbeit, die sich aus ökonomischer, sozialer und ökologischer Sicht ergeben. Hierbei wird es auf der Makroebene etwa um Fragen von Wirtschaftswachstum, Beschäftigungsentwicklung, sozialer Sicherheit und Ressourcenverbrauch gehen; auf der Mikroebene werden neue Arbeitsverhältnisse und Arbeitszeiten, das Verhältnis von formeller und informeller Arbeit sowie sozial-ökologische Innovationspotentiale untersucht. Die Analyseergebnisse sollen Grundlagen für die Beurteilung von Szenarien schaffen und der Formulierung von Strategien dienen.

Szenarioanalysen: Um dem Spektrum verschiedener Positionen in der Nachhaltigkeitsdiskussion gerecht zu werden, sollen zwei unterschiedliche Nachhaltigkeitsszenarien entwickelt und analysiert werden. Das sogenannte ökonomisch-soziale Szenario (DIW) geht von der ökonomischen Kritik an der vorherrschenden Wirtschaftspolitik aus, während das sogenannte ökologisch-soziale Szenario (WI) auf der ökologischen Kritik vorherrschender umweltrelevanter Politikmuster basiert. Als Hintergrundfolie für die Beurteilung dieser beiden Nachhaltigkeits-szenarien dient ein sogenanntes angebotsorientiertes Kontrastszenario (DIW), das auf einer Fortschreibung bisher dominierender wirtschaftspolitischer Konzepte beruht.

Erarbeitung von Strategieelementen: Die Bewertung der Szenarien nach (aus den Querschnittsanalysen gewonnenen) ökonomischen, ökologischen und sozialen Kriterien der Nachhaltigkeit soll Zielkonflikte und -synergien aufdecken und damit der Strategieformulierung dienen. Diese können – gemeinsam mit weiteren Strategien, die aus der Analyse von Konfliktpotentialen und aus den Querschnittsanalysen gewonnen wurden – einen Beitrag für die Entwicklung einer gewerkschaftlichen sozial-ökologischen Reformstrategie liefern.

Arbeitspolitisch-soziale Querschnittsanalysen

Der Versuch, soziale Interessenlagen und gesellschaftliche Entwicklungsdynamiken mit ökologischen Anforderungen in Verbindung zu bringen, stößt unmittelbar auf die tiefe Trennung der gesellschaftlichen Systemlogiken (Ökologie, Ökonomie, Soziales), die in den gültigen Regelungssystemen, den Strategien und Maßnahmen der gesellschaftlichen Akteursgruppen in den jeweiligen Politikfeldern und auch in den Köpfen der Wissenschaftler eingeschrieben ist. Obwohl immer wieder Initiativen zur Verknüpfung von Arbeit und Ökologie gestartet werden, sind diese bisher punktuell und widersprüchlich geblieben. Das Beispiel der Beschäftigungswirkungen von Umweltschutzmaßnahmen ist hier das prägnanteste. Eine systematische Analyse der Vielfalt und der Vielschichtigkeit der Zusammenhänge steht bisher aus.

Zur Überwindung dieser Segmentierung, und um die vielfältigen Wechselwirkungen zwischen Arbeit und Ökologie zu erfassen, führt das WZB für den arbeitspolitisch-sozialen Teil des Forschungsvorhabens eine breite Überblicksanalyse zu den Berührungspunkten zwischen Arbeit und Ökologie durch, die durch drei Politikfelder geprägt werden: den Entwicklungstrends der Erwerbsarbeit (Wettbewerbsmodelle), der Stellung der Arbeit in Nachhaltigkeitskonzepten bzw. ihre arbeitspolitischen Folgen und den Zukunftserwartungen an Arbeit, wie sie von der Arbeitsbevölkerung und ihren Interessenvertretungen gesehen werden (Wohlstandsmodelle).

Mit dieser Vorgehensweise soll (a) die ganze Breite arbeitspolitischer Gestaltungsfelder durchgeprüft werden, um sicherstellen, daß auch die eher indirekten ökologischen Voraussetzungen und Folgen arbeitspolitischer Strategien erfaßt werden, (b) die verschiedensten Wechselwirkungen analysiert werden, ohne sie aus den arbeitspolitischen Bewertungszusammenhängen zu lösen, sowie (c) durch die breite Überblicksanalyse alle für eine gewerkschaftliche Nachhaltigkeitsstrategie relevanten Felder und Strategien ausfindig gemacht werden, d. h. sowohl Bereiche hoher Synergie wie auch Bereiche absehbarer Konflikte.

Aufgrund der Wahl eines breiten, überblicksanalytischen Ansatzes ergab sich notwendigerweise das Problem der Strukturierung und Bündelung der zahlreichen Themenbereichsanalysen. Hierzu wurden fünf Themenfelder konstruiert, in denen Detailanalysen anzufertigen waren, die um Überblicksanalysen ergänzt werden. Die Themenfelder lauten:

- I. Arbeit im und durch Umweltschutz
- II. Risiken und Chancen in der Erwerbsarbeit, neue Arbeitsformen und Arbeitsverhältnisse
- III. Gesundheitsschutz – Arbeitsschutz – Umweltschutz
- IV. Neue Formen der Arbeit und der Versorgung
- V. Neue Regulierungsformen

Die arbeitspolitisch-soziale Querschnittsanalyse des WZB stellt mit ihrer Vielzahl von Bereichsanalysen durch die analytische Erschließung des Zusammenhangs von Entwicklungstrends der Erwerbsarbeit mit den Anforderungen einer nachhaltigen Entwicklung unter Einbeziehung der subjektiven Wertvorstellungen zu Arbeit einen eigenständigen Forschungsschritt dar. Mit der Veröffentlichung der einzelnen Studien werden die Resultate der arbeitspolitisch-sozialen Querschnittsanalysen einer breiten Diskussion zugänglich gemacht.

P01-503

Neue Armut und ökologische Verhaltensmöglichkeiten

Gitta Barufke*

* Aktionsgemeinschaft arbeitsloser Bürgerinnen und Bürger (agab), Bremen

Zusammenfassung

Die gesellschaftlichen Veränderungen, die einhergehen mit sinkenden Arbeitnehmer-einkommen, Massenarbeitslosigkeit sowie einer wachsenden Anzahl von Alleinerziehenden, führen dazu, daß ein erheblicher Anteil der Bevölkerung dauerhaft oder zeitweise von Armut betroffen ist. Von Armut betroffene Menschen sind in ihrer materiellen Lebenssituation und ihrem Zugang zu Konsum, ihren Handlungsspielräumen sowie ihren sozialen und kulturellen Möglichkeiten erheblich eingeschränkt.

Parallel zu diesen gesellschaftlichen Veränderungen sind wir mit der fortschreitenden Zerstörung unserer Umwelt konfrontiert, die eine Veränderung der Wirtschafts- und Lebensweise notwendig macht. So wird seit dem Umweltgipfel in Rio 1992 das Konzept der „nachhaltigen Entwicklung“ debattiert. Das in diesem Rahmen entwickelte Leitbild, das sich an die Konsumenten richtet, beruht auf Selbstbegrenzung, Konsumverzicht und Steigerung des immateriellen Wohlstands, was in dem Slogan „Gut leben statt viel haben“ zum Ausdruck gebracht wird.

Armut begünstigt Selbstbegrenzung und Konsumverzicht notwendigerweise aufgrund materieller Knappheit. Dies könnte aus umweltpolitischer Sicht den Schluß nahelegen, daß zunehmende Armut sich positiv auf die ökologische Entwicklung auswirkt.

Diese Schlußfolgerung ist jedoch nicht zutreffend. Anhand von diversen praktischen Beispielen aus den einzelnen Lebensbereichen läßt sich belegen, daß Armutsbedingungen überwiegend hinderlich und nicht förderlich für ökologisches Verhalten sind. „Nachhaltige Entwicklung“ setzt eine ausreichende existenzielle Absicherung voraus, auch wenn sich in Ansätzen durch materielle Knappheit und erwerbsarbeitsfreie Zeit alternative nachhaltige Lebensstile entwickeln.

Die unterschiedlichen Perspektiven führen auch auf gesellschaftspolitischer Ebene zu zahlreichen Konfliktlinien zwischen der sozialpolitischen Forderung nach mehr materieller Absicherung und Wohlstandssteigerung für arme Menschen und dem ökologischen Postulat des „weniger ist mehr“. Dennoch zeigen sich bei näherer Betrachtung durchaus Berührungspunkte.

Summary

Social changes that are marked by decreasing wages, increasing unemployment as well as a growing number of single parents, have resulted in an ever rising percentage of the population living in temporary or permanent poverty. Poor people are experiencing significant restrictions in their material situation and their scope of action along with limited social and cultural possibilities.

At the same time there has been a debate on the concept of sustainability since the Environmental Summit in Rio in 1992. Within this discourse the emerging model is directed towards the consumer and relies on self containment and abstention, which is signified in the slogan: „Live good rather than own much“.

Poverty necessarily furthers humble and abstaining ways of life through material shortages. This might suggest that increasing poverty positively influences ecological development, an assumption unfounded, as may be shown in an analysis of various areas of life.

Ecologically sound behaviour requires sufficient existential security. Conditions of poverty are by and large preventing and not furthering sustainable development, although there may be alternative and ecological concepts of life developing out of a period of unemployment or material restriction.

There are a variety of conflicts between the socio-political demand for a better material subsistence and increase of prosperity for poor people on the one hand and the ecological motto of „less is more“ on the other.

Nonetheless there are points of contact between the differing social perspectives if one cares to take an in depth look.

Inhalt

Einleitung	1
1. Rahmenbedingungen	2
1.1 Armutsdefinition	2
1.2 Armut als Sozialhilfebezug	3
1.3 Umfang und Ursachen von Armut	5
1.4 Tendenzen der Armutsentwicklung	9
2. Leben in Armut und ökologische Verhaltensmöglichkeiten	11
2.1 Birkenstock und Müsli – oder was ist ökologisches Verhalten?	11
2.2 Armut und ökologische Verhaltensmöglichkeiten	12
2.2.1 Ernährung	12
2.2.2 Gesundheit	14
2.2.3 Wohnen	15
2.2.4 Materielle Versorgung mit Gütern	17
2.2.5 Soziale Kontakte, kulturelle Teilhabe, Freizeit und Erholung	19
2.2.6 Arbeit	20
2.3 Chancen und Grenzen ökologischer Verhaltensmöglichkeiten	21
2.3.1 Individuelle Ansätze	21
2.3.2 Kollektive Ansätze	22
2.3.2.1 Beispiel Projekt GROBI Bremen	23
2.3.3 Zugangsbarrieren	27
2.4 Fazit	29
3. Armut und Ökologie in der sozialpolitischen Debatte	31
3.1 Ziele und Forderungen der Erwerbslosen- und Sozialhilfeorganisationen	31
3.2 Organisierung der von Armut Betroffenen	32
3.3 Die Rolle der Arbeitslosen- und Sozialhilfeinitiativen in der Nachhaltigkeitsdebatte	33
3.4 Die Rolle der Gewerkschaften in der sozialpolitischen Auseinandersetzung	34
4. Zusammenfassende Thesen	36
Literatur	40

Einleitung

Mit dem vorliegenden Beitrag soll die Wechselwirkung zwischen Neuer Armut und ökologischen Verhaltensmöglichkeiten aufgezeigt werden. Dies ist ein spannendes, aber nicht ganz einfaches Unterfangen. Spannend ist es, weil die thematische Verknüpfung von Armut und Ökologie weder in der öffentlichen noch in der wissenschaftlichen Debatte gängig ist. Insofern können sich aus der Bearbeitung des Themas sowohl für den umweltpolitischen als auch den sozialpolitischen Diskurs wertvolle Anregungen für gesellschaftliche Perspektiven ergeben. Nicht ganz einfach ist die Bearbeitung des Themas, weil nur wenig verfügbares Material vorliegt. Ausnahmen stellen Untersuchungen zum Thema Armut, Ernährung und Gesundheit dar, in denen ökologische Fragestellungen gestreift werden.

Auch der vorliegende Beitrag liefert kein empirisches Material, sondern beruht auf langjährigen Erfahrungen in der Beratung für Erwerbslose und Sozialhilfeberechtigte und in der bundesweiten Zusammenarbeit von Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen.

Der erste Teil dient der Darstellung der Rahmenbedingungen. Es werden die Diskussion um den Armutsbegriff und die Armutsgrenze sowie Ursachen, Umfang und Entwicklungstendenzen von Armut aufgezeigt.

Der zweite Teil befasst sich zunächst mit der Definition von ökologischem Verhalten und veranschaulicht im folgenden anhand von Beispielen aus den verschiedenen Lebensbereichen die Wechselwirkung zwischen Armut und ökologischen Verhaltensmöglichkeiten. Hierbei sollen begünstigende sowie hindernde Faktoren benannt werden. Des Weiteren wird ein kurzer Blick auf die Chancen geworfen, die durch erwerbsarbeitsfreie Zeit und materielle Knappheit für ökologische Lebensweisen entstehen.

Im dritten Teil soll die Wechselwirkung zwischen Armut und Ökologie auf der Ebene der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen skizziert werden. Es sollen einzelne Schlaglichter auf die Inhalte der sozialpolitischen Debatte um Arbeitslosigkeit und Armut und die Rolle der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen geworfen werden.

Nicht bearbeitet wird in diesem Beitrag die besondere Problematik von Flüchtlingen, die unter das Asylbewerberleistungsgesetz fallen. Die drastischen Reglements und materiellen Bedingungen, denen Flüchtlinge unterworfen sind – Leistungen weit unter Sozialhilfeniveau, Einschränkung der Gesundheitsversorgung, Sachleistungsprinzip, Arbeitsverbot etc. – erübrigen die Frage nach ökologischen Verhaltensmöglichkeiten von vornherein.

1. Rahmenbedingungen

1.1 Armutsdefinition

Als ich einem Bekannten den Titel dieses Beitrags nannte, war seine spontane Reaktion: „Armut? Armut gibt es hier in der Bundesrepublik Deutschland nicht!“ Armut, das seien für ihn Kinder, die sich in Müllbergen ihre Nahrung suchen müssen, um nicht zu verhungern. Das Erstaunliche an dieser Äußerung war, daß ich hingegen genau diesen Bekannten eindeutig als arm bezeichnen würde. Die Diskrepanz unserer Wahrnehmung ist nicht zufällig; tatsächlich gibt es keine übereinstimmende Definition von Armut, sondern jeder Armutsbegriff ist relativ, muß also in Relation zu Ort und Zeit gesetzt werden. Der für diesen Beitrag benutzte Armutsbegriff kann sich sinnvollerweise nur auf die aktuellen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland beziehen, d. h. Armut wird definiert in Relation zur deutschen Gesamtbevölkerung und den hier gegebenen üblichen Lebensbedingungen und Teilhabemöglichkeiten.

Aber besonders in Wohlstandsgesellschaften wie der Bundesrepublik ist es „eine Frage der gesellschaftlichen Übereinkunft, ... ab welchem Grad der Unterausstattung oder Unterversorgung Armut beginnt“ (Hanesch et al. 1994, S. 23). Dies ist letztlich eine politische Frage und je nach Standpunkt häufig äußerst umstritten. Die jeweiligen Vertreter sind entweder schnell dem Vorwurf der Skandalisierung oder der Verharmlosung ausgesetzt (kürzlich zu beobachten bei der Veröffentlichung des Zehnten Kinder- und Jugendberichts 1998).¹

Der wissenschaftliche Diskurs um die Definition und Messung von Armut kann hier nur skizziert werden. Zunächst wird zwischen absoluter und relativer Armut unterschieden. Absolute Armut wird definiert in bezug auf das physische Existenzminimum, relative Armut in Relation zum Durchschnitt(-seinkommen) oder zum sozio-kulturellen Minimum. Wo dieses liegt, ist jedoch umstritten. Im wesentlichen gibt es zwei Ansätze, sich dieser Armutsgrenze zu nähern: das Ressourcen- und das Lebenslagenkonzept. Das Ressourcenkonzept untersucht die zur Verfügung stehenden Ressourcen wie Einkommen, Vermögen, Arbeitskapazität, Gesundheit, wobei sich die Untersuchungen hauptsächlich auf das Einkommen beziehen. Hierbei werden die Personen als arm definiert, deren Einkommen unter der festgesetzten Einkommensgrenze liegt. Eine gängige Definition der Armutsgrenze liegt bei 50% des durchschnittlichen Haushaltseinkommens, differenziert nach Haushaltsgrößen und Zusammensetzung (Definition des Europarats). Allerdings ist diese Festlegung eine will-

1 Die zuständigen politischen Instanzen haben bisher das Problem der Armut mit dem Hinweis negiert, es gäbe keine Armut, da die Sozialhilfe ja genau dies verhindere (Stellungnahme der CDU/CSU-FDP-Bundesregierung 1998). Dementsprechend wurde auch hartnäckig die Notwendigkeit einer Armutsberichterstattung verweigert. In der Koalitionsvereinbarung zwischen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen von 1998 ist eine regelmäßige Armuts- und Reichtumsberichterstattung vorgesehen.

kürliche, die sich nicht zwingend aus den Realitäten ergibt, so daß bisweilen auch die 40%-Grenze (= verschärfte Armut) oder die 60%-Grenze (= Armutsnähe) zugrunde gelegt wird.

Das Lebenslagenkonzept definiert Armut im breiten, umfassenden Sinne. Es werden die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel sowie sonstige Ressourcen und die tatsächliche Versorgungslage in Bereichen wie Wohnen, Bildung, Arbeit, soziale und kulturelle Teilhabe untersucht. Im Rahmen des Lebenslagenansatzes muß eine Vielzahl von Faktoren berücksichtigt werden, so daß es bisher zu keinem die Wissenschaft befriedigenden, empirisch abgesicherten und vergleichbaren Ergebnis über die Dimension von Armut gekommen ist. Bei den meisten Armutsuntersuchungen werden mittlerweile beide Konzepte miteinander kombiniert.² Auch der von mir im folgenden verwendete Armutsbegriff berücksichtigt beide Ansätze.

Zum einen definiere ich Armut als Einkommensarmut, denn

„die Verfügung über ein ausreichendes Einkommen ist in unserer Gesellschaft eine unabdingbare Voraussetzung für einen sozial vertretbaren Lebensstandard und für eine frei bestimmte Entfaltung der Persönlichkeit. Die Verfügbarkeit über Geld bestimmt nicht nur die materielle Lebenssituation (Wohnung, Nahrungs- und Genußmittel, Bekleidung, Reisen), sondern auch die Realisierbarkeit immaterieller Wünsche wie soziale Kontaktmöglichkeiten, kulturelle und ehrenamtliche Betätigungen. Das heißt umgekehrt, daß es ohne ausreichendes Einkommen nicht möglich ist, am sozialen und kulturellen Leben in vollem Umfang teilzunehmen. Einkommensarme Menschen sind in ihren Lebenschancen gravierend beeinträchtigt, ihre Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeiten werden beschnitten“ (Hanesch et al. 1994, S. 128f.).

Als (einkommens-)arm werden in diesem Beitrag alle bezeichnet, die sich mit ihrem Einkommen nicht deutlich von ihrem Sozialhilfebedarf abheben, da der Sozialhilfebedarf das sozio-kulturelle Existenzminimum festlegt und Maßstab für staatliches Handeln ist.

Zum anderen finden in dem von mir benutzten Armutsbegriff lebenslagenorientierte, d. h. „armutsverstärkende und Lebensqualität verringernde Faktoren nichtmonetärer Art“ (Busch-Geertsema/Ruhstrat 1993, S. 23) (z. B. soziale Ausgrenzung) Berücksichtigung.

1.2 Armut als Sozialhilfebezug

Auch wenn der von mir benutzte Armutsbegriff nicht mit Sozialhilfebezug gleichzusetzen ist, möchte ich zunächst skizzieren, was es bedeutet, von Sozialhilfe zu leben, weil

1. ich mich bezüglich der Einkommensarmut an der Sozialhilfeschwelle orientiere,

2 Für Näheres zur Erfassung von Armut vgl. Busch-Geertsema/Ruhstrat (1993, S. 22ff.), Habich/Krause (1995, S. 67ff.), Hanesch et al. (1994, S. 23ff.), Krämer (1997).

2. der Bezug von Sozialhilfe – auch ergänzender – immer verbunden ist mit einer stark reglementierenden, restriktiven Ämterpraxis, die die Optionen verschiedener Verhaltensmöglichkeiten erheblich beschränkt. Insofern unterscheidet sich Sozialhilfebezug von dem Bezug anderer Einkommen, selbst wenn sie der Höhe nach identisch sind. Hierauf wird im Kapitel 2 in verschiedenen Beispielen Bezug genommen.

Sozialhilfe (hier gemeint als die „laufende Hilfe zum Lebensunterhalt“ oder „Sozialhilfe im engeren Sinne“, d. h. außerhalb von Einrichtungen) erhält, wer bedürftig ist. Zunächst werden jedoch (fast) alle anderen Leistungen angerechnet (z. B. Unterhalt von den Verpflichteten wie Verwandten ersten Grades, Ehegatten; Sozialversicherungsleistungen wie Renten, Arbeitslosengeld etc.; Kindergeld; Erwerbseinkommen usw.). Vermögen, auch Rentenversicherungen, Bausparverträge etc., muß (auch bei vorübergehendem Sozialhilfebezug) bis auf einen kleinen „Notgroschen“ – das Schonvermögen für eine alleinstehende Person liegt bei 2.500,- DM – eingesetzt, d. h. verbraucht werden. Es gibt keinen einheitlichen, allgemeingültigen Sozialhilfesatz, sondern die Sozialhilfe richtet sich nach dem monatlich errechneten individuellen „Bedarf“. Dieser „Sozialhilfebedarf“ wird dem vorhandenen Einkommen gegenübergestellt. Ist das Einkommen niedriger als der Bedarf, wird die Differenzsumme als Sozialhilfe bewilligt.

Der Sozialhilfebedarf setzt sich aus verschiedenen Posten zusammen: Regelsätze, Unterkunftskosten in „angemessener Höhe“, Mehrbedarfszuschläge für bestimmte Personengruppen, etwa Alleinerziehende, Schwangere und Personen, die einen krankheitsbedingten kostenaufwendigen Ernährungsbedarf haben, und im Bedarfsfall Krankenkassenbeitrag. Die Regelsätze sollen den laufenden Bedarf an Ernährung (ca. 50%), persönlichen Bedürfnissen des täglichen Lebens einschließlich Körperpflege (ca. 35%), hauswirtschaftlichen Bedarf einschließlich Haushaltsenergie, Reinigungs- und Reparaturbedarf und kleinen Neubeschaffungen (ca. 15%) decken.

Die Regelsätze sind für die einzelnen Haushaltsmitglieder gestaffelt. Der Haushaltsvorstand oder eine alleinstehende Person erhält den sog. Eckregelsatz, die Haushaltsangehörigen je nach Alter prozentuale Anteile des Eckregelsatzes:

Haushaltsangehörige bis zur Vollendung des

7. Lebensjahres	50%	(bei Kindern von Alleinerziehenden 55%)
14. Lebensjahres	65%	
18. Lebensjahres	90%	
und ab 18 Jahre	80%	

Die konkrete Höhe der Regelsätze wird jeweils zum 1. Juli eines Jahres von den jeweiligen Landesregierungen durch Rechtsverordnung festgelegt und ist regional leicht unterschiedlich.³ Der Eckregelsatz beträgt für die alten Bundesländer durchschnittlich 538,- DM und 519,- DM für die neuen Bundesländer (Stand 1997/98, Statistisches Bundesamt 1999, S. 57). In Bremen beispielsweise erhält eine alleinstehende Person

3 Auf die Bemessung der Regelsätze soll hier nicht eingegangen werden. Näheres dazu ist zu finden in Stock/Scherer (1990), Lehr- und Praxiskommentar (1998, § 22, Rdnr. 23ff.).

oder ein Haushaltsvorstand 540,- DM monatlich (1998/99). Von 540,- DM monatlich, also 124,61 DM wöchentlich, müssen bestritten werden: sämtliche Nahrungs- und Genußmittel, Wasch- und Putzmittel, Verbrauchsgüter wie z. B. Glühbirnen, Batterien und Schnürsenkel, Hygieneartikel wie Seife, Zahnpasta, Klopapier, Tampons und Rasiercreme, kleine Reparaturen wie z. B. Schuhe besohlen oder Instandsetzung von Bekleidung, Anschaffungen von geringem Wert wie z. B. Handschuhe, Schirm, Strümpfe und Kaffeetasse, Strom, sozio-kulturelle Bedürfnisse wie Telefon, Zeitung, Fahrtkosten, Friseur, Briefmarken, Kino, Bücher, Schwimmbad, Geschenke etc.

Der notwendige Bedarf, der nicht durch die laufenden Leistungen abgedeckt ist, z. B. Gebrauchsgüter von höherem Anschaffungswert wie Bekleidung, Hausrat, E-Geräte, Möbel, Fahrrad, Kinderwagen oder Ausgaben für besondere Anlässe wie Geburtstage, Konfirmation, Hochzeit, Kur- und Krankenhausaufenthalte usw., wird als sogenannte „einmalige Beihilfe“ bewilligt (oder abgelehnt).

Die benötigten Beihilfen müssen beantragt und begründet werden. Welche der Beihilfen als sozialhilferechtlich notwendig und in welcher Höhe und Form (z. B. gebraucht oder neu) anerkannt werden, ist Ermessensentscheidung und bedingt eine unendliche Papierflut, beschäftigt AntragstellerInnen, Ämter und Gerichte und führt zu einer ungeheuren Demütigung und Entmündigung der Betroffenen. Wie begründet man, daß man etwas braucht – etwa ein Fahrrad, eine Woldecke, ein Bügeleisen, eine Kaffeemaschine, einen Kühlschrank –, dessen Besitz für das Gros der Bevölkerung so „normal“ und selbstverständlich ist. Besonders in Zeiten knapper öffentlicher Kassen führt die Realisierung berechtigter (Rechts-)Ansprüche zu einem entwürdigenden Kleinkrieg mit dem Amt, das tendenziell das Interesse hat, Ansprüche abzuwehren, um Kosten zu sparen.

Die Gewährungspraxis der Ämter ist bundesweit extrem unterschiedlich. Eine Fragebogenauswertung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen (BAG-SHI) wird im Ergebnis mit dem Merksatz „Bei Bedarf Willkür“ charakterisiert (Scherer 1995b, S. 4). Eine selbstbestimmte und eigenverantwortliche Prioritätensetzung (z. B. hinsichtlich ökologischer Fragestellungen) wird SozialhilfebezieherInnen unmöglich gemacht. In dem Zusammenhang wird immer wieder die Pauschalierung von einmaligen Leistungen diskutiert. Die Möglichkeit, dies durch Rechtsverordnung zu regeln, ist im Bundessozialhilfegesetz (BSHG) bereits vorgesehen (§ 21 Abs. 1b). Alle bisherigen Entwürfe stehen aber unter der Prämisse mindestens der Kostenneutralität. Die durch die Pauschalierung gewonnenen Freiräume an Gestaltungsmöglichkeiten werden durch die unzureichende Höhe, die dem Bedarfsdeckungsprinzip widersprechen, wieder aufgehoben (BAG-SHI 1998, S. 5ff.), so daß eine negative und keine positive Änderung in Sicht ist.

1.3 Umfang und Ursachen von Armut

Die Schwierigkeit, Armutsbegriffe und -grenzen festzulegen, führt dazu, daß es keine verlässlichen Aussagen über den Umfang und das Ausmaß von Armut in der Bundes-

republik Deutschland gibt. Dennoch lassen sich aus den verschiedenen vorliegenden Materialien Hinweise auf die Dimension von Armut ableiten.

Eine der Hauptursachen für Armut ist die seit Mitte der 70er Jahre in Schüben steigende Erwerbslosigkeit, die auch den Begriff der „Neuen Armut“ geprägt hat (Statistisches Bundesamt 1999, Schaubild 2.2., S. 19). In der Bundesrepublik Deutschland sind Anfang 1999 ca. 4,2 Mio. Arbeitslose offiziell registriert, dies entspricht einer Quote von 12% bezogen auf alle abhängigen zivilen Erwerbspersonen (Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit [ANBA] 1999, S. 8).

Zwar lassen sich aus der Arbeitslosenstatistik nicht unbedingt eindeutige Rückschlüsse auf die Dimension von Armut ziehen, da sie weder Dauer der Arbeitslosigkeit noch Höhe der Leistungen bezogen auf die Größe der Haushalte und auch keine sonstigen Ressourcen ausweisen, allerdings ist Erwerbslosigkeit überwiegend mit Einkommensarmut verbunden. Dies gilt insbesondere für Langzeitarbeitslose. Das durchschnittliche Arbeitslosengeld beträgt für Ledige in den alten Bundesländern 1.213,- DM, die durchschnittliche monatliche Arbeitslosenhilfe 971,- DM (Stand August 1997; ANBA 1997, S. 1655, 1658).

Weitere Hinweise auf Einkommensarmut liefert die Sozialhilfestatistik. Sie dokumentiert allerdings auch nur einen Ausschnitt. Es werden weder Haushalte erfaßt, deren Einkommen auch nur wenige Mark über der Sozialhilfegrenze liegen, noch die Sozialhilfeberechtigten, die aus den unterschiedlichsten Gründen keine Sozialhilfe in Anspruch nehmen. Zum Jahresende 1997 waren 2,89 Mio. Personen in 1,49 Mio. Haushalten auf Sozialhilfe (außerhalb von Einrichtungen) angewiesen, dies entspricht 3,5% der Bevölkerung. Besonders häufig sind Haushalte von *Alleinerziehenden* (ca. 25%) von Sozialhilfe betroffen. Deutlich mehr als 1/3 (37,2%) aller SozialhilfebezieherInnen sind *Kinder!* Ein weiteres Viertel der SozialhilfebezieherInnen sind *arbeitslos gemeldete Personen*, einschließlich derer, die sich in Aus- und Fortbildung befinden.

Mit 56% beziehen deutlich mehr Frauen als Männer (44%) Sozialhilfe. Der Anteil der AusländerInnen beträgt 23%. Die Sozialhilfequote liegt mit 9% erheblich über der Sozialhilfequote für Deutsche mit 3%. Das Problem der Altersarmut nimmt – zumindest sozialhilfestatistisch – ab (alle Angaben: Statistisches Bundesamt 1999). Zusammenfassend lassen sich Arbeitslosigkeit wie auch die unzureichende Absicherung für Kinder als Hauptrisiken für Armut feststellen.

Auch Erwerbsarbeitende sind zunehmend von Armut betroffen. Die Auswirkungen jahrelanger konservativer Politik der Deregulierung und Lohnzurückhaltung (Streichung von Zulagen, Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Verzicht auf tarifliche Bezahlung, um Arbeitsplätze zu sichern) bei gleichzeitig steigender Belastung (Erhöhung von Abgaben, Zuzahlung bei Krankheitskosten etc.) haben dazu geführt, daß immer weniger Geld in den Arbeitnehmerhaushalten verbleibt. Seit einigen Jahren sinken die Nettolöhne. Die Nationale Armutskonferenz (NAK) wies in einer Pressekonferenz Anfang Mai 1998 unter Bezugnahme auf eine Studie des DGB darauf hin, daß die Kaufkraft je Arbeitnehmer 1997 im Westen um 2,2% unter den Stand von 1980 fiel (TAZ 1998). Im gleichen Artikel schätzte die NAK, daß ca. 3,4% der Bevölkerung trotz Erwerbstätigkeit unter der Sozialhilfeschwelle leben. Auch aus

meiner Beratungsarbeit läßt sich die Vermutung stützen, daß es in diesem Bereich eine hohe verdeckte Armut gibt. Die Tatsache, daß auch bei Erwerbstätigkeit Sozialhilfebezug möglich ist, ist weitgehend unbekannt. Als kürzlich in der Zeitschrift der IG Metall in Zusammenarbeit mit der BAG-SHI eine Telefon-Aktion zum Thema Niedriglohn und Sozialhilfe angeboten wurde, gab es ein großes Interesse der LeserInnen, und es konnte bei einer ganzen Reihe von Beschäftigten gerade mit großen Familien ein Anspruch errechnet werden (Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen [BAG-SHI] 1998, S. 4f.).⁴

Bestimmt man den Umfang von Armut auf Basis der 50%-Grenze, weisen neuere Untersuchungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) eine Armutsquote von ca. 13% aus (DER SPIEGEL 1998).

Die bisher benannten Daten weisen darauf hin, daß Armut kein unwesentliches Randproblem darstellt. Auf Grundlage einer weiteren Untersuchung, die auch die Dauer der Armutslagen berücksichtigt, konstatieren Habich und Krause (1995, S. 80):

„Die Daten machen deutlich, daß danach Armut als eher kurzfristiger Einkommensverlust zu verstehen wäre. Die Daten zeigen aber auch, daß insgesamt doch beträchtliches Risiko besteht, unter die Armutsgrenze zu fallen. Der Schluß liegt nahe, daß die Armutspopulation aus mindestens zwei unterscheidbaren Gruppen besteht: Während die große Mehrheit der Armutspopulation auf der einen Seite einem hohen Risiko unterliegt, unter die Armutsgrenze zu fallen, hat sie auf der anderen Seite jedoch auch eine entsprechend hohe Chance, in einem der darauffolgenden Jahre die Einkommensarmut wieder zu überwinden; dieser Gruppe steht die quantitativ kleine Gruppe der dauerhaft Armen gegenüber, deren Chancen, die Armut zu verlassen, jedoch sehr gering zu sein scheinen. Darüber hinaus weisen weitere Analysen eindringlich darauf hin, daß auch die erste Gruppe der eher kurzfristig Armen in Zeiten, in denen diese außerhalb der Armuts Grenzen leben, lediglich über Einkommen im unteren Bereich des Bevölkerungsdurchschnittes verfügen können. Oftmals unterscheidet sich dann die Einkommenslage nicht wesentlich von der Situation des armutsnahen (60%-Grenze) Bereiches. Das Armutsrisiko bleibt somit also keineswegs auf den unteren Einkommensbereich beschränkt, sondern reicht bis weit in mittlere Einkommenslagen hinein.“

Diese Anfang der 90er Jahre getroffene Einschätzung wird durch eine neuere Studie der Fachhochschule Frankfurt von Erler und Matijevic bestätigt (Weser-Kurier 1998) und korrespondiert ebenfalls mit meinen Erfahrungen in der Beratungspraxis. Für zunehmend mehr Menschen wird die Existenz jenseits des „Normalarbeitsverhältnisses“ und damit jenseits des geregelten Erwerbseinkommens zum Alltag. So nehmen beispielsweise kleine Existenzgründungen auffällig zu. Häufig sind dies potentiell Erwerbslose aus allen Bereichen, die die Initiative ergreifen und trotzdem in einem steten Wechsel zwischen Erwerbslosigkeit mit Leistungsbezug, verschiedenen Arten ungeschützter Jobs (Honorartätigkeiten, geringfügige und befristete Beschäftigungen) und selbständiger Tätigkeit am Rande des Existenzminimums leben.

4 Die Bundesarbeitsgemeinschaft der SHI arbeitet bereits seit längerem mit der IG Metall zum Thema Niedriglohn und Sozialhilfe zusammen (siehe auch Dokumentation der gemeinsamen Veranstaltung am 3.5.1997, „Arbeiten für 'nen Appel ohne Ei“, IG Metall 1997; vgl. außerdem Roth 1998).

Konkret bedeutet dies, daß „die Armen“ keine homogene Gruppe sind, sondern „an die Stelle einer ehemals klar erkennbaren Subkultur der Armut ist eine Vielzahl von Typen und Szenarien getreten, deren Gemeinsamkeit sich auf das Merkmal des Mangels beschränkt“ (Schulze 1996, S. 59).

Allerdings bedeutet dies im Umkehrschluß nicht, daß die „klar erkennbare Subkultur der Armut“ verschwunden ist, sondern sie ist vielmehr eines in einer Vielzahl von Szenarien.

Besonders in den Großstädten zeichnen sich zunehmend Segregationsprozesse ab. Durch anwachsende Arbeitslosigkeit und Armut bilden sich regelrechte Armutsviertel heraus.

In den Stadtteilen, die ohnehin durch äußere Umstände (z. B. Wegbrechen des Hauptarbeitgebers) oder durch die Bevölkerungsstruktur stark von Arbeitslosigkeit und Armut betroffen sind, besteht die Gefahr, daß sich die soziale Lage der Bevölkerung innerhalb eines Gebiets weiter verschärft, besonders wenn es zu einer Fluktuation der Bevölkerung kommt. Durch den Wegzug von Mittelschichtfamilien und Erwerbstätigen werden Wohnungen frei, in die dann arme und sozial diskriminierte Haushalte ziehen. „Die Abwanderung trägt indirekt zur Konzentration von marginalisierten Haushalten bei und führt zu einer *sozialräumlichen Polarisierung*. Der soziale Abstieg wird durch diese räumliche Absonderung verstärkt, weil hoch segregierte Gebiete entstehen, in denen ein Klima der Perspektivlosigkeit und der Benachteiligung herrscht“ (IfS/S.T.E.R.N. 1998, S. 2).

Anzeichen von Verwahrlosung des öffentlichen Raums, zunehmend gewaltförmige Auseinandersetzungen insbesondere zwischen Jugendgruppen, Drogenkriminalität, Alkoholismus, wachsende Verbreitung von Gefühlen der Unsicherheit und Bedrohung sind nicht selten die Folgen der Segregation, die solche Viertel zu Problemstadtteilen werden lassen (vgl. IfS/S.T.E.R.N. 1998, S. 6). Die Bevölkerungsstruktur solcher Gebiete zeichnet sich nicht nur durch Armut (hohe Arbeitslosigkeit, hohe Sozialhilfedichte) aus, sondern auch durch einen erheblichen Ausländeranteil, insbesondere bei Jugendlichen und Kindern, und durch hohen Zuzug von Zuwanderern aus dem Ausland.

Diese Mischung ergibt eine besondere Brisanz. Zum Armutsproblem addieren sich Probleme, die entstehen, wenn Menschen aus verschiedenen Kulturen mit verschiedenen Lebenswelten aufeinandertreffen, deren Chancen durch Diskriminierung, rechtliche und soziale Ausgrenzung von vornherein erheblich beschnitten sind. Vor dem Hintergrund der geballten Existenzprobleme in solchen Vierteln wären ökologische Fragestellungen nicht nur unter dem Armuts-, sondern auch unter dem Aspekt kultureller Differenzen und Ausgrenzung zu betrachten. Dies konnte für den vorliegenden Beitrag nicht geleistet werden.

1.4 Tendenzen der Armutsentwicklung

Dies ist nicht der Rahmen, eine Analyse der Armutsentwicklung zu leisten. Es sollen lediglich einige konkrete Tendenzen hinsichtlich der Armutsursachen benannt werden.

Für eine der Hauptursachen von Armut, der Arbeitslosigkeit, ist keine grundsätzliche Wende in Sicht. So prognostiziert das Deutsche Institut für Wirtschaft (DIW) für 1999, daß sich die Zahl der Arbeitslosen bei 4 Mio. einpendeln werde (TAZ 1999a). Die globale Entwicklung bewirkt, daß immer weniger Arbeitskräfte benötigt werden. Ob vor dem Hintergrund des „jobless growth“ die von der SPD und B 90/Die Grünen nach dem Regierungswechsel 1998 ergriffenen Einzelmaßnahmen eine wirkungsvolle Wende bringen können, ist zu bezweifeln. Die Lösungsstrategien der Regierung scheinen sich weiterhin an den Zielen und Bedingungen der traditionellen Erwerbsarbeitsgesellschaft zu orientieren, während aber genau diese sich zunehmend auflöst. Eine tiefgreifende Strukturveränderung wäre vonnöten, die allenfalls sehr langfristig Wirkung zeigen könnte.

Auch eine Verbesserung der sozialen Sicherung von Arbeitslosen und Sozialhilfeberechtigten ist nicht zu erwarten. So wurden zwar einige Einschränkungen der CDU/CSU-FDP-Regierung für ArbeitnehmerInnen und im Gesundheitsbereich zurückgenommen, hinsichtlich der Rücknahme der Verschlechterungen für Arbeitslose und SozialhilfebezieherInnen tut sich die rot-grüne Regierung jedoch erheblich schwerer. Zwar signalisiert sie zumindest Gesprächsbereitschaft mit den VertreterInnen von Erwerbslosen und Sozialhilfeberechtigten, ob diese aber in konkrete materielle Verbesserungen münden, ist angesichts der angespannten Haushaltslage unwahrscheinlich. Im Gegenteil zeichnet sich besonders für Langzeitarbeitslose durch die geplante Vereinheitlichung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe eine erhebliche Verschärfung der Situation ab.

Für Kinder und deren Familien, ebenfalls Hauptbetroffene von Armut, sind (teils geplant, teils durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts im Januar 1999 forciert) jedoch Änderungen in Sicht. So wurde bald nach dem Regierungswechsel eine Kindergelderhöhung vorgenommen und eine weitere zum 1.1.2000 geplant. Allerdings ist die Höhe des Kindergeldes bei weitem nicht bedarfsdeckend, und Sozialhilfeberechtigte profitieren gar nicht von der Erhöhung, da Kindergeld sozialhilfe-rechtlich Einkommen ist, das direkt wieder von der Sozialhilfe abgezogen wird. Ihnen verbleibt kein Pfennig mehr als vorher.

Diese „soziale Ungerechtigkeit“ wird zunehmend auch von einigen PolitikerInnen innerhalb der Regierungskoalition kritisiert und die Forderung nach einer Nichtanrechnung zumindest der 20,- DM Kindergelderhöhung zum Januar 2000 erhoben. Die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Steuerentlastung für Familien mit Kindern wird zunächst vorwiegend Besserverdienenden zugute kommen, da diese am meisten Steuern zahlen. Für Geringverdiener, Arbeitslose und Sozialhilfeberechtigte werden kaum Verbesserungen spürbar sein. Eine gesetzlichen Regelung, die einen sozialen Ausgleich schafft, Schwerpunkte zugunsten von Niedrigeinkommen setzt

und eine Entlastung aller Familien erreicht, muß – wenn sie denn gewollt wird – erhebliche rechtliche und finanzpolitische Hürden überwinden.

Ob die stetige Senkung der Nettoeinkommen der letzten Jahre gestoppt werden kann und es zu einer nachhaltigen Einkommensverbesserung der ArbeitnehmerInnen kommt, bleibt abzuwarten, auch wenn die Gewerkschaften – offenbar motiviert durch den Regierungswechsel und frustriert darüber, daß die moderaten Lohnabschlüsse der letzten Jahre nicht zu mehr Arbeitsplätzen geführt haben – in den Tarifverhandlungen 1999 höhere Forderungen stellten.

Bezogen auf die gesamtgesellschaftliche Entwicklung lassen sich auch mit der SPD und B 90/Die Grünen-Regierung bisher keine richtungsweisenden Änderungen absehen. Es scheint, daß auch diese Regierung insgesamt alten Denkmustern verhaftet bleibt. Auch sie setzt auf Wachstum, Vollbeschäftigung und Stärkung des Konsums. So resümiert Warnfried Dettling zu „Hundert Tagen Rot-Grün“: „Gesellschaftspolitisch wird kein Horizont sichtbar, der über die industrielle Erwerbsgesellschaft hinausreicht.“ (TAZ 1999d)

2. Leben in Armut und ökologische Verhaltensmöglichkeiten

2.1 Birkenstock und Müsli – oder was ist ökologisches Verhalten?

Langhaarig, in selbstgestrickten Pullovern und Birkenstock-Schuhen, vegetarisch und Müsli essend, puritanisch und konsum-enthaltssam, radfahrend und streng umweltbewußt – der Prototyp des Öko (falls es ihn je in dieser Reinkultur gab) ist eher ein Auslaufmodell als ein attraktives Leitbild. Wie aber sieht er heute aus, der „umweltgerechte Mensch“? Wie wird ökologisches Verhalten definiert?

Ökologische Einzelthemen, etwa der Gebrauch von Spraydosen, Einkaufsverhalten hinsichtlich Verpackungsmaterialien, Abfalltrennung, Energieverbrauch etc., sind in den letzten Jahren ins öffentliche Bewußtsein gelangt und dienen als Meßlatte für ökologisches Verhalten. Auch in der Wissenschaft wurde bisher mit einer Sammlung von Einzelthemen und Verhaltensweisen gearbeitet, um Umweltbewußtsein zu erforschen. Dies geschah weder vor dem Hintergrund noch mit dem Ergebnis eines einheitlichen Leitbilds für umweltgerechtes Verhalten. Zudem konnte nicht mit Daten belegt werden, daß es sich bei den erfragten Verhaltensweisen objektiv um umweltgerechtes Verhalten handelt (de Haan/Kuckartz 1996, S. 271).

Eine Veränderung hat die umweltpolitische Diskussion seit dem Umweltgipfel in Rio 1992 durch das gesellschaftliche Leitbild „Sustainable Development“ (nachhaltige oder zukunftsfähige Entwicklung) erfahren.⁵ Dieses Leitbild bietet nicht nur den Orientierungsrahmen für die gesellschafts- und umweltpolitische Entwicklung, sondern impliziert auch Leitlinien für eine umweltgerechte Lebensführung des Individuums. Danach werden nicht einzelne Verhaltensweisen als gut oder schlecht bewertet, sondern es geht um eine Art private Ökobilanz. Mit der Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie „Zukunftsfähiges Deutschland“ (BUND/Misereor 1995) wird der Versuch einer Konkretisierung unternommen. So werden für die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen Leitbilder entworfen, die – plakativ ausgedrückt – auf der Grundidee des „besser, anders, weniger“ (vgl. Loske 1997, S. 25) basieren. Diese Grundidee spiegelt sich auch in dem Leitbild wider, das die Gruppe der KonsumentInnen anspricht. Es wird für einen grundsätzlichen Wertewandel plädiert, der darauf zielt, gut zu leben, statt viel zu haben. Dabei spielen vier Kriterien eine Rolle: Langlebigkeit (besser), Regionalorientierung (anders), Sparsamkeit und gemeinsame Nutzung (weniger) (vgl. Loske 1996, S. 28).

Wenn es im folgenden um die Wechselwirkung von Armut und ökologischen Verhaltensmöglichkeiten geht, beziehe ich mich auf das Leitbild „Gut leben statt viel haben“

5 Es wird in diesem Rahmen nicht näher auf die Nachhaltigkeitsdebatte eingegangen, da sie im wesentlichen als bekannt vorausgesetzt wird.

unter Berücksichtigung der o. g. Kriterien. Es soll dargestellt werden, welche begünstigenden und welche hindernden Faktoren es unter Armutsbedingungen für die Annäherung an das Leitbild gibt. Inwieweit sich die Individuen unter gegebenen oder veränderten Rahmenbedingungen tatsächlich ökologisch verhalten (würden), hängt von einer Vielzahl weiterer Faktoren ab (z. B. Bildung, sozialer Status, Einstellung, Lebensstil etc.) und kann hier weder untersucht noch bewertet werden.

2.2 Armut und ökologische Verhaltensmöglichkeiten

2.2.1 Ernährung

Wie sich jemand bevorzugt ernährt – lieber fett- oder kalorienarm, vegetarisch oder mit Fleisch, biologisch oder mit Fertiggerichten – und ob dabei ökologische Fragen eine Rolle spielen, ist zunächst unabhängig von Armut eine Frage der Vorlieben, der Sozialisation, der Gewohnheiten und Einsichten, der Kultur und des Lebensstils etc. (vgl. hierzu Barlösius 1995, S. 306). Genauso heterogen wie die Gruppe der Armen sind auch ihre Ernährungsvorlieben. Ob sich allerdings der bevorzugte Ernährungsstil realisieren oder Zugang zu bestimmten Ernährungsstilen (zum Beispiel einem ökologischen) finden lassen, wird sehr wohl durch Armutsfaktoren wesentlich bestimmt.

Wenn es in der Beratung um die Berechnung des Sozialhilfebedarfs geht und ich die Ratsuchenden nach Umständen frage, die einen Mehrbedarf begründen könnten, z. B. wegen kostenaufwendiger Ernährung (vorgesehen bei bestimmten Krankheiten wie Diabetes, Magen- und Darmerkrankungen), erhalte ich gelegentlich die zögerliche Antwort, man sei zwar nicht krank, ernähre sich aber biologisch. Daran knüpft sich die Frage, ob es denn dafür einen Mehrbedarf gebe – den es selbstverständlich nicht gibt. Diese Reaktion zeigt: Es wird selbstverständlich (und zutreffend) angenommen und auch hingenommen, daß im „normalen“ Budget für Arme (z. B. Regelsatz) biologische Ernährung nicht vorgesehen, sondern Luxus ist. Dies entspricht der üblichen Haltung in der Gesellschaft. Von Armen wird erwartet, daß sie völlig anders essen als der Rest der Gesellschaft und „sie ihr Geld nicht durch den Konsum von Luxusernährung oder durch unüberlegte und unmittelbare Bedürfnisbefriedigung verschwenden. Als Luxus gilt dabei oft schon, was für die sozioökonomische Mittelschicht Alltagskost ist. Individuelle Geschmackspräferenzen oder der Konsum statushoher Lebensmittel werden plötzlich als geradezu unmoralisch und als Verschwendung bewertet“ (Feichtinger 1995, S. 301).

Zudem ist offensichtlich nach Erfahrung dieser Personen biologische Ernährung teurer als nicht-biologische, so daß sie vom Regelsatz nicht zu bestreiten ist. Es entspricht dem Ergebnis diverser Untersuchungen und auch meiner Beratungserfahrung, daß ein Budget in Höhe der Sozialhilfe nicht für eine gesunde, geschweige denn biologische Ernährung ausreicht; es genügt kaum für eine ausreichende Ernährung.

Der überwiegende Teil der SozialhilfebezieherInnen gibt an, das Geld reiche nicht bis zum Ende des Monats, sondern im Schnitt für 19,5 Tage (vgl. Roth 1992, S. 7). Be-

sonders die letzte Woche des Monats ist vom Mangel geprägt, häufig bestehen die Mahlzeiten dann lediglich aus Kartoffeln, Nudeln oder Reis ohne weitere Zutaten. Die knappen finanziellen Ressourcen bestimmen das Einkaufsverhalten.

Der Gesamtbedarf wird überwiegend durch Einkäufe in Billigmärkten getätigt. Die Qualität der Ernährung ist zweitrangig. Verzichtet wird auf teure Artikel wie Bioware, frisches Bäckerbrot, frisches Gemüse im Winter, Fleisch etc. (vgl. Busch-Geertsema/Ruhstrat 1992, S. 48ff.). Wichtig ist, daß das Geld über den Monat reicht. Trotzdem gibt es immer wieder diverse Veröffentlichungen und Untersuchungen sowie einzelne praktische Beispiele, die belegen, daß es möglich ist, sich mit wenig Geld gut, gesund und sogar biologisch zu ernähren. Auch ich halte dies nicht für unmöglich, allerdings sind dazu subjektive und objektive Voraussetzungen vonnöten, die regelmäßig nur unzureichend berücksichtigt werden.

Zu den subjektiven Bedingungen zählt das Vorhandensein von Kenntnissen und Fertigkeiten. Das Wissen um gesunde Ernährung, Haltbarmachung und Verwertungsmöglichkeiten von Nahrungsmitteln, Kochen und diverse Haushaltstricks sind notwendige Voraussetzungen, um mit geringen finanziellen Mitteln eine gesunde Ernährung zu realisieren, die zumindest insofern ökologischen Kriterien entspricht, als daß sie weitgehend auf industriell gefertigte Produkte verzichtet. Während man diese traditionellen hauswirtschaftlichen Kenntnisse bei Frauen der älteren Generation häufig findet, sind sie bei Jüngeren kaum (noch) vorhanden. Sie greifen überwiegend auf Fertigprodukte und -gerichte zurück.

Dieser aus ökologischer Sicht und unter Armutsbedingung bedauerliche Verlust von überliefertem Wissen war (und ist) andererseits für die zunehmend berufstätigen Frauen eine positive historische Errungenschaft. Das wachsende Angebot industriell gefertigter und bearbeiteter Produkte sowie zunehmende Technisierung bedeutete die Befreiung von den zeitaufwendigen traditionellen hauswirtschaftlichen Tätigkeiten. Bei Männern sind entsprechende hauswirtschaftliche Kenntnisse aufgrund herkömmlicher Rollenverteilung von vornherein seltener vorhanden. Besonders alleinstehende ältere Männer verzichten – wenn sie von Armut betroffen sind – oft ganz auf warme Mahlzeiten oder ernähren sich aus der Dose.

Eine weitere subjektive Voraussetzung ist ein hohes Maß an Disziplin. Biologische Ernährung kann dann kostengünstig sein, wenn es die konsequente Änderung der Ernährungsweise beinhaltet, z. B. kein Fleisch, viel Getreide, nur Saisonobst und -gemüse. Greift man nur teilweise auf Bioprodukte zurück, etwa Fleisch aus kontrollierter Zucht, ist dies teurer. Generell erfordert sparsames Haushalten strenge Konsequenz – keine Schwächen und keine Kinder, die lieber Fruchtzweige als selbstgemachten Obstquark, lieber Hamburger als Pellkartoffeln essen. Arme Haushalte verfügen über keine Rücklagen, durch die „Ausrutscher“ wieder ausgeglichen werden können.

Zu den objektiven Voraussetzungen für ökologisches Verhalten gehört das Vorhandensein einer entsprechenden Infrastruktur. Großeinkäufe sowie die Nutzung von Sonderangeboten erfordern Mobilität und Transportmöglichkeiten. Für Vorratshaltung muß angemessener Lagerplatz oder ein Tiefkühlgerät vorhanden sein. Zur Bear-

beitung von Lebensmitteln sind diverse Geräte wie Mixer, Getreidemühle, Küchenmaschine notwendig oder hilfreich. Letztendlich muß eine räumliche, materielle und technische Haushaltsausstattung vorhanden sein, die für arme Haushalte nicht unbedingt angenommen werden kann.

Ferner beinhaltet ökologisches Verhalten mehr als die gesunde Ernährung selbst. Aspekte des Einkaufs wie Regionalorientierung, „fair trade“-Produkte, Verpackung (Pfand statt Dose und Tetrapak) werden aber in der Regel schon aus Kostengründen nicht berücksichtigt. Zu guter Letzt steht die öffentliche Debatte darüber, ob gesunde Ernährung auf der Basis von Sozialhilfeniveau möglich ist, immer in der Gefahr, Begründungen für Kürzungen von Sozialleistungen zu liefern bzw. den Status quo schönzureden.

Es gibt sicherlich die Möglichkeit, Ernährungs- und Haushaltsgewohnheiten zu verändern, um ein gesundes, ökologisches Leben auch unter Armutbedingungen zu realisieren. Vergessen darf man aber nie, daß der hierfür gesteckte Rahmen denkbar knapp ist. Alle Experimente, die bisweilen von gut ausgestatteten Mittelstandshaushalten durchgeführt werden, für eine begrenzte Zeit vom Sozialhilfesatz zu leben und das Ergebnis haben, dies lasse sich ohne größere Einschränkungen bewerkstelligen, sind unseriös. Sie lassen außer acht, daß gerade die Dauer von Armut – eine lange Dauer hat die Folge, daß eben keine Reserven mehr vorhanden sind – entscheidend ist (besonders ärgerlich in diesem Zusammenhang vgl. Hauch 1998).

Ein weiteres prägnantes Beispiel für die Konfliktlinie zwischen Ökologie und Sozialpolitik sind die „Tafeln“, die allorten entstehen. Dies sind Organisationen, die mit überwiegend ehrenamtlicher Hilfe Nahrungsmittelspenden einsammeln und an Bedürftige verteilen. Vom ökologischen Standpunkt ist es durchaus sinnvoll, Lebensmittel nicht zu vernichten, sondern zu verwerten. Sozialpolitisch ist dies jedoch problematisch, da in den Hintergrund gerät, daß gesunde und ausreichende Ernährung ein selbstverständlicher Rechtsanspruch ist und nicht von unkalkulierbaren mildtätigen Spenden mit Almosencharakter abhängen sollte.

2.2.2 Gesundheit

„Ein spezifisches Gesundheitsbewußtsein oder das Bedürfnis nach körperlichem Wohlbefinden sind wichtige Motive, durch die ein subjektiver Bezug zur Umweltthematik hergestellt wird“ (Poferl/Schilling/Brand 1997, S. 111). Das Bedürfnis nach Gesundheit und Wohlbefinden tangiert die verschiedenen Lebensbereiche und drückt sich aus in dem Wunsch, sich gut und gesund zu ernähren (siehe 2.2.1), gut und gesund zu wohnen (siehe 2.2.3) und ein gewisses Maß an Erholungsmöglichkeiten und Zufriedenheit realisieren zu können (siehe 2.2.5). Ökologisches Verhalten (im Sinne immaterieller Wohlstandssteigerung) in bezug auf Gesundheit setzt insbesondere den Zugang zu direkter Gesundheitsvorsorge, -versorgung und -nachsorge voraus.

Zwar gibt es in der Bundesrepublik ein gut ausgebautes Gesundheitssystem, so daß üblicherweise jeder Mensch die notwendige medizinische Versorgung erhält,⁶ es wurden jedoch in den letzten Jahren erhebliche Einschränkungen bei präventiven und gesundheitsfördernden Maßnahmen, Hilfs- und Heilmitteln sowie Zahnersatz vorgenommen. Vorwiegend betreffen die Kürzungen die Vorsorge, aber auch die Gesundheitsversorgung wird in einigen Bereichen zum Kostenfaktor.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß hierdurch armen Menschen der Zugang erschwert wird. Als Beispiel sei hier der Zahnersatz genannt. Die von der Kasse bezahlten Festbeträge (auch die aufgrund von Härteregelung erhöhten) reichen oftmals nicht für die medizinisch notwendige Behandlung aus, geschweige denn für besondere Wünsche hinsichtlich Material oder Aussehen (z. B. Verblendung).

Besonders drastisch macht dies ein Fall aus meiner Beratungspraxis deutlich. Eine über 70jährige alte Dame, die zu ihrer Rente Sozialhilfe bezieht, hatte trotz ihres hohen Alters noch einen Großteil ihrer eigenen Zähne. Nun mußte ein Zahn überkront werden mit dem Resultat, daß die alte Dame trotz Härtefallregelung und obwohl sie nur die notwendigen Leistungen in Anspruch genommen hatte, eine Summe von gut 300,- DM selbst tragen mußte. Auch das Sozialamt lehnte, da es sich an den Leistungssätzen der Krankenkassen orientiert, die Kostenübernahme ab.⁷ Die Konsequenz der alten Frau war, sich den Betrag in Raten von ihrer Sozialhilfe abzuspargen und zu konstatieren, es sei wohl Dummheit gewesen, ihre Zähne zu pflegen, da sie mit einem Gebiß wohl besser dastünde.

Auch gesundheitsfördernde und -erhaltene Maßnahmen sind überwiegend mit Kosten verbunden. Schwimmbad, Sauna, Fitneßcenter, Sportverein – all dies wird zum Luxus, der mit Einschränkungen in anderen Bereichen bezahlt werden muß. So ist es häufig für Sozialhilfe beziehende Eltern ein Problem, ihren Kindern die Mitgliedschaft in einem Sportverein zu ermöglichen, da zusätzlich zum Mitgliedsbeitrag auch die notwendige Ausstattung und ein kleines Taschengeld für die gemeinsamen Aktivitäten aufgebracht werden muß.

2.2.3 Wohnen

Auch in der zunehmend heterogenen Armutsbevölkerung finden sich vergleichsweise zum Bundesdurchschnitt wenig WohnungseigentümerInnen, sondern überwiegend MieterInnen.⁸ Unterkunfts-kosten machen einen beträchtlichen Teil des Haushaltsbudgets aus (Hauser/Hübinger 1993, S. 220). Wegen der Beschaffungskosten (Makler, Mietsicherheit, die nur in Ausnahmefällen vom Sozialamt übernommen werden) und

6 Diese ist allerdings für Flüchtlinge nach § 4 Asylbewerberleistungsgesetz auf die Behandlung akuter Erkrankungen und Schmerzzustände beschränkt ist.

7 Diese vermutlich rechtswidrige, aber übliche Praxis hätte nur mit einer Klage zurückgewiesen werden können. Ein Gerichtsverfahren, das bis zur Entscheidung ca. zwei Jahre dauert, war der Rentnerin nicht zuzumuten.

8 Bezogen auf Caritas-Klienten: 12,8% Eigentümer, davon überwiegend Alte über 64 (= 16,2%), wenig Alleinerziehende (= 7,2%) und wenig Arbeitslose (= 5,1%), im Vergleich zu 40% im Bundesdurchschnitt (Hauser/Hübinger 1993, S. 409).

zu hoher Mieten bleibt für viele Betroffene ein großer Teil des Wohnungsmarktes verschlossen. Für SozialhilfebezieherInnen sind die Spielräume ganz besonders eng. Die Mieten, die als angemessen vom Sozialamt übernommen werden, orientieren sich an den unrealistischen, veralteten und viel zu niedrigen Obergrenzen für die Wohngeldgewährung, mit leichten kommunalen Modifizierungen. Ist die Miete höher, fordert das Sozialamt nach einer kurzen Übergangszeit zum Umzug auf oder kürzt die Mietübernahme auf die „angemessene“ Höhe mit der Folge, daß ein Teil der Miete vom Regelsatz getragen werden muß. Wünsche bezüglich Größe, Lage, Umfeld etc. oder gar ökologische Kriterien im engeren Sinne wie ökologische Bauweise u. -materialien, Dämmung, Garten, Wohnen im Grünen, Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr können deshalb nur eine sehr untergeordnete Rolle spielen.

Auf billigen Wohnraum angewiesen zu sein heißt im Ergebnis, beengt, laut und oft ungesund (z. B. in der Nähe von Industriegebieten) zu wohnen. Werden Sozialhilfeberechtigte zum Umzug aufgefordert, bedeutet dies häufig, daß sie „ihren“ Stadtteil verlassen und in einen „Problemstadtteil“ ziehen müssen. Dies wird von den Betroffenen als große Bedrohung für weiteren sozialen Abstieg erlebt und führt in der Konsequenz zur beschriebenen sozialräumlichen Polarisierung. Die begrenzte Wohnungsgröße wird besonders, wenn Kinder im Haushalt leben, als Einschränkung in vielen Lebensbereichen erlebt. Oft begnügen sich die Eltern mit sehr wenig Platz, um den Kindern mehr Raum zu ermöglichen (Busch-Geertsema/Ruhstrat 1993, S. 65).

Vom ökologischen Standpunkt aus betrachtet mag die Beschränkung auf wenig Wohnraum (= geringerer Ressourcenverbrauch) zunächst sinnvoll erscheinen, allerdings hängt von der Größe auch entscheidend die Wohnqualität ab. Hier soll nicht einem „je größer desto besser“ das Wort geredet werden. Unangemessen beengte Wohnverhältnisse beeinträchtigen jedoch die Lebensqualität und verhindern darüber hinaus ganz konkret und praktisch ökologische Verhaltensweisen. Begrenzte Räumlichkeiten erschweren eine sinnvolle Lagerhaltung und werden auch häufig als Hindernis für Mülltrennung genannt, da es schon Mühe macht, mehrere verschiedene Behälter unterzubringen (vgl. Pofertl/Schilling/Brand 1997, S. 119).

Ansonsten lassen sich im Bereich der Wohnnebenkosten ökologische Verhaltensweisen am ehesten realisieren, da sich der sparsame Umgang mit Energie wie Wasser, Heizung, Strom nicht nur ökologisch, sondern auch finanziell positiv auswirkt. Das gleiche gilt für Mülltrennung. Die Motivation für solche Verhaltensweisen ist aber dort begrenzt, wo der (finanzielle) Nutzen nicht direkt spürbar ist. Dies ist im sozialen Wohnungsbau der Fall, wenn keine individuelle Müllentsorgung und Verbrauchsabrechnung vorgenommen wird oder Einsparungen im Verbrauch nur dazu führen, daß das Sozialamt geringere Energiekosten übernehmen muß und der sich ökologisch sinnvoll verhaltende Sparer nicht davon profitiert. Neben dem finanziellen Nutzen orientiert sich die eigene Bereitschaft zu ökologischem Verhalten an der Bereitschaft der anderen (vgl. Pofertl/Schilling/Brand 1997, S. 121), ist also stark vom sozialen Umfeld abhängig.

Nicht zuletzt kompliziert und behindert die Struktur staatlicher Leistungen wie Wohngeld und Sozialhilfe alternative Wohnformen wie z. B. Wohngemeinschaften. Diese unter ökologischen Gesichtspunkten sinnvolle kollektive Wohnform (sparsa-

mer Ressourcenverbrauch, gemeinsam nutzen, teilen) führt in der Praxis für Sozialhilfe- und WohngeldbezieherInnen zu ärgerlichen Reibereien mit den Ämtern oder gar zu finanziellen Einbußen. Die rechtliche und praktische Ausgestaltung der Wohngeldgewährung ist auf die traditionelle Familie orientiert. AntragstellerInnen, die in Wohngemeinschaften leben, sehen sich mit detaillierten Fragebögen zu ihren Wohnverhältnissen konfrontiert, um zu überprüfen, ob nicht das Einkommen der anderen Wohngemeinschaftsmitglieder mit einbezogen werden kann. Die Kriterien für eine solche Entscheidung entsprechen allerdings einer „Behördenlogik“ und haben nichts mit dem „wirklichen Leben“ in einer Wohngemeinschaft zu tun. Im „wirklichen Leben“ bedeutet beispielsweise das Vorhandensein einer Haushaltskasse für Grundnahrungsmittel und Verbrauchsgüter und das gemeinsame Kochen und Essen keinesfalls, daß auch insgesamt gemeinschaftlich gewirtschaftet wird und die Einkommen zusammengelegt werden. SozialhilfebezieherInnen, die in Wohngemeinschaften leben, sehen sich ähnlichen Verdächtigungen ausgesetzt. Wohnen Alleinerziehende zusammen, wird Ihnen der Mehrbedarf gestrichen.

Auch die Übernahme der Miete ist ein Problem. Die Sozialämter berücksichtigen nicht den besonderen Wohnbedarf von Wohngemeinschaften, sondern legen die Mietobergrenze für eine Familie zugrunde und teilen diese durch die Anzahl der Personen.

Dies ergibt pro Person eine so geringe Mietobergrenze (beispielweise in Bremen bei einer vierköpfigen WG ca. 230,- DM kalt pro Person) daß dafür beim besten Willen kein Zimmer in einer Wohngemeinschaft zu finden ist. Die Folge, daß bei einem Umzug in eine Einzelwohnung für die gleiche Person gut das Doppelte an Miete gezahlt werden muß, wird billigend in Kauf genommen.

2.2.4 Materielle Versorgung mit Gütern

Wir leben in einer Gesellschaft, in der es einen Überfluß an materiellen Gütern gibt. Es gibt fast nichts, was es nicht zu kaufen gäbe. Gleichzeitig ist bei vielen der Zugang zu diesen Konsumgütern aufgrund mangelnder Finanzen eingeschränkt. Sie üben gezwungenermaßen den Konsumverzicht, den das Leitbild „Gut leben statt viel haben“ impliziert. Dennoch leben sie damit nicht zwingend ökologisch, wenn man auch Kriterien wie Energieverbrauch, Langlebigkeit, Regionalorientierung, ökologische Produktionsweise einbezieht.

Beispiel Bekleidung:

Obwohl es viele Billigangebote gibt, erleben viele von Armut Betroffene ihren Verfügungsspielraum in bezug auf Bekleidung erheblich eingeschränkt.⁹ Das „Ergattern“ von passenden Billigangeboten erfordert viel Zeit, Aufwand und oft auch Mobilität und steht „im Gegensatz zum Wunsch nach qualitativ guter und langlebiger Kleidung“ (Busch-Geertsema/Ruhstrat 1993, S. 51). Besonders bei Kleidungsstücken mit

9 SozialhilfebezieherInnen erhalten für Bekleidung zusätzlich zum laufenden Bedarf Beihilfen, entweder auf Einzelantrag, überwiegend aber in Form einer Pauschale, in Bremen z. B. 56,50 DM monatlich.

hohem Anschaffungspreis wie Jacken, Mäntel und Stiefel führt die Verfügung über wenig Geld nicht zu einem „weniger und besser“, sondern zu einem „billiger und mehr“. Viele greifen auf Gebrauchtkleidung zurück und sind auf geschenkte, abgelegte Bekleidung angewiesen (Busch-Geertsema/Ruhstrat 1993, S. 52). Obwohl das Tragen von Gebrauchtkleidung an sich nicht als etwas Schlechtes bewertet wird (und unter ökologischem Gesichtspunkt sogar als gut zu bewerten wäre), erleben viele Betroffene dies im konkreten Fall jedoch „als beschämend und diskriminierend“ (Busch-Geertsema/Ruhstrat 1993, S. 53), weil es nicht auf freiwilliger und gleichberechtigter (Tausch-)Basis geschieht, sondern den Charakter von Almosen hat. Besonders Kinder und Jugendliche leiden darunter, daß es nicht – auch nicht einmal ausnahmsweise – für modische Markenbekleidung reicht. Der aufgezwungene Verzicht führt zu weiterer Ausgrenzung. Eine pädagogische Auseinandersetzung über das Für und Wider von Modetrends läuft vor diesem Hintergrund ins Leere.

Beispiel Anschaffungen wie Möbel, Hausrat, E-Geräte etc.:

Bei Neuanschaffungen größerer Gebrauchsgüter wie Möbel oder E-Geräte ist der umweltbewußte Handlungsspielraum für arme Menschen ebenfalls begrenzt. Langlebige, ökologische Produkte sind in der Anschaffung teurer. Die Frage, ob man lieber beim Kauf mehr Geld ausgibt und dafür durch Langlebigkeit oder sparsamen Energieverbrauch auf Dauer einspart, stellt sich für BezieherInnen von Niedrigeinkommen nur selten. Ansparen ist gar nicht oder nur begrenzt möglich. Oft werden für größere Anschaffungen Schulden gemacht. Ob für eine Waschmaschine 600,- DM oder 1600,-DM, für ein Sofa 500,- DM oder 3.000,- DM bezahlt werden muß, macht den entscheidenden Unterschied: Die höhere Anschaffungssumme läßt sich nicht aufbringen. Auch die Zuschüsse, die einige Energieversorgungsunternehmen zu energiesparenden Geräten geben, gleichen dies nicht aus. Selbst der sparsame und ökologisch sinnvolle Kauf von Gebrauchtgegenständen erfordert eine Infrastruktur, die Geld kostet und oft nicht vorhanden ist: Ein Anzeigenblättchen muß gekauft, Telefonate geführt, Besichtigungsfahrten getätigt, der Transport geleistet werden.

Sozialhilfeberechtigte haben diesbezüglich fast keine Gestaltungsmöglichkeiten. Bei Bedarf an Möbeln und E-Geräten wird vorwiegend auf extra eingerichtete Gebrauchtmöbellager verwiesen. Erfahrungsgemäß sind die dort vorhandenen Möbel nicht immer in einem guten Zustand. Geschmack spielt keine Rolle. Nur wenn der beantragte Gegenstand nach mehrmaligen Besuch nicht vorhanden ist, gibt es Bargeld entweder für Gebrauchtmöbel oder für Neumöbel in unterster Preisklasse.

In Bremen werden für Elektrogeräte zur Zeit noch Neupreise (unterstes Preisniveau) bewilligt, da Gebrauchtgeräte zu reparaturanfällig sind. Im Rahmen eines „Benchmarking“ wurden jetzt zahlreiche Leistungen der Sozialbehörde, z. B. auch die Beihilfen für Elektrogeräte, vom Rechnungshof moniert (TAZ 1999b). Zwar konterte die Sozialsenatorin, man habe offenbar „dem Rechenschieber Vorrang“ gegeben und „sozialpolitische Fragestellungen“ ausgeblendet (zitiert nach TAZ 1999c). Abzuwarten bleibt jedoch, ob nicht Leistungskürzungen in diesem Bereich folgen. Für ökologische Überlegungen hinsichtlich Energieverbrauch oder Langlebigkeit (was zur Bewilligung höherer Anschaffungskosten führen müßte) gibt es vor diesem Hintergrund keinen Raum. Nur Sparmaßnahmen in den kommunalen Haushalten, z. B. der

Trend, für den Bedarf von Sozialhilfeberechtigten alle Arten von Gebrauchtwarenlager einzurichten, werden tatsächlich oft mit dem ökologischen Nutzen gerechtfertigt. Weiterhin ist zu beobachten, daß durch den sich verändernden gesellschaftlichen Standard neue (Konsum-)Bedürfnisse entstehen. So ist ein zunehmendes Problem in der Beratung die Frage nach der Finanzierung neuer Medien. Für viele ist es ein Problem, sich keinen Computer leisten zu können, da dieser für schulische und berufliche Zwecke notwendig geworden ist.

2.2.5 Soziale Kontakte, kulturelle Teilhabe, Freizeit und Erholung

Die genannten Bereiche scheinen auf den ersten Blick diejenigen zu sein, in denen immaterielle Wohlstandssteigerung am ehesten zu realisieren wäre. Sie sind wichtige Indikatoren für ein „gut leben“. Gleichzeitig sind dies die Bereiche, in denen armutsbedingte Einschränkungen als besonders gravierend erlebt werden. Denn in welchem Umfang soziale Kontakte, kulturelle Teilhabe, Freizeit und Erholung realisiert werden können, hängt zunehmend von finanziellen Möglichkeiten ab. Einer der Befragten für den Bremer Armutsbericht erklärt: „Man geht halt nicht mehr weg. Geht jetzt nicht mehr groß in die Kneipe oder Essen oder ins Kino, Theater, also alles, was so mit Freizeitangeboten zu tun hat, die viel Geld kosten. Ob das jetzt Kegeln oder Bowling ist et cetera, das fällt aus.“ (Busch-Geertsema/Ruhstrat 1993, S. 62)

Aber selbst private Einladungen sind nicht problemlos. Der Besuch eines Festes macht unter Umständen einen Friseurbesuch, schicke Kleidung, ein Geschenk oder eine Gegeneinladung notwendig. Wie Kronauer, Vogel und Gerlach (1993, S. 35) zutreffend beschreiben:

„Jenseits der sozialen Kontakte im Familienkreis (und oftmals bereits dort) macht sich sehr bald der Einfluß des Geldes als Regulativ sozialer Beziehungen geltend. Um auch nur informelle Kontakte im Bekanntenkreis aufrecht erhalten zu können, ist es erforderlich, das stillschweigend wirksame Gebot der Wechselseitigkeit – von Einladungen, Geschenken usw. – einzuhalten, das in der Regel Geldausgaben erfordert. Das Recht, sich unter seinesgleichen zu bewegen, ist leicht verwirkt, wenn die Mittel ausgehen, symbolisch oder materiell ‚mitzuhalten‘.“

Das hat zur Folge, daß sich der Bekanntenkreis oftmals erheblich reduziert oder sich zumindest verändert, sobald jemand längerfristig von Armut betroffen ist.

Hinzu kommt, daß Bedürfnisse nicht feststehend sind, sondern dem gesellschaftlichen Wandel unterliegen. So produziert auch die Freizeitindustrie durch immer neue Angebote neue Bedürfnisse; und gleichzeitig ist vieles, das früher nur einem kleinen Teil der Bevölkerung vorbehalten war, heute für breite Bevölkerungsschichten „normal“. Dies gilt beispielsweise für Urlaubsreisen oder Erholungsmöglichkeiten in Freizeiteinrichtungen. Dementsprechend steht auch bei vielen Betroffenen der Wunsch nach Urlaub und Erholung an vorderster Stelle (vgl. Busch-Geertsema/Ruhstrat 1993, S. 60f.).

Erstaunlicherweise wird dieser Wunsch ebenfalls von Erwerbslosen formuliert, die auch während ihrer Erwerbstätigkeit keinen Urlaub gemacht haben (vgl. Kronauer/Vogel/Gerlach 1993, S. 35). Kronauer et al. erklären dies mit dem hohen Status, den Urlaubsreisen in unserer Gesellschaft symbolisieren. Der empfundene Mangel

wächst, je mehr die Befriedigung der entsprechenden Bedürfnisse für das Gros der Bevölkerung selbstverständlich ist. Der Wunsch nach Ausflügen oder gar größeren Reisen bleibt nicht nur aus finanziellen Gründe unrealisierbar, hinzu kommen auch rechtliche Beschränkungen bei Bezug von Arbeitslosengeld und -hilfe oder Sozialhilfe. Erwerbslose dürfen auf Antrag drei Wochen im Jahr mit Leistungsbezug Urlaub machen. Für SozialhilfebezieherInnen ist Abwesenheit vom Wohnort überhaupt nicht vorgesehen und führt meist zur Einstellung der Leistung.

Zynischerweise wird genau diese armutsbedingte Einschränkung, die so ausdrücklich als Mangel empfunden wird, unter ökologischen Gesichtspunkten häufig als positiv bewertet, da weniger Fern-, Flug- oder Autoreisen unternommen werden. Zu dieser Bewertung kann man allerdings nur kommen, wenn man die soziale Frage außer acht läßt und in Kauf nimmt, daß ein Teil der Bevölkerung entgegen ihren eigenen Bedürfnissen aufgrund ökonomischer Zwänge von dem gesellschaftlichen Standard ausgeschlossen bleibt, während der Rest der Bevölkerung diesen hält.

Kinder leiden besonders stark unter Armut. Vor allem in der Stadt werden die Räume für eine Freizeitgestaltung und Erlebnisse ohne finanziellen Aufwand immer weniger. Gleichzeitig werden auch Kinder immer reicher und der finanzielle Einsatz, um soziale Kontakte halten zu können, immer größer. Ob dies das Eis-essen-Gehen, der Besuch des Schwimmbads oder der Eislaufhalle oder die Geburtstagsparty, die man besucht oder gibt, betrifft: Alles kostet Geld. Der Mangel an Geld wirkt sich unweigerlich auf die sozialen Kontakte aus. Alternativen zu dieser konsumorientierten Freizeitgestaltung müssen schon sehr attraktiv sein, um die Akzeptanz der Kinder zu finden.

2.2.6 Arbeit

Das selbst verdiente Geld bedeutet relative Unabhängigkeit im Sinne von Handlungs- und Entscheidungsspielräumen im Gegensatz zu staatlich vergebenen Leistungen, wenn auch nur in den Grenzen des zur Verfügung stehenden Einkommens, da die Spielräume sich in dem Maße verringern, wie sich das Einkommen der Armutsgrenze nähert. Zugleich hat Erwerbsarbeit in unserer Gesellschaft einen hohen Stellenwert, der über Identität, Anerkennung und Status bestimmt. Zwar ist diese Orientierung angesichts zunehmender Erwerbslosigkeit äußerst fragwürdig und wird von großen Teilen der Erwerbsloseninitiativen kritisiert, dennoch ist die Option auf Erwerbsarbeit (für alle, die arbeiten können und wollen) ein wichtiges Moment von Lebensqualität. Für alle, die noch gar nicht am Erwerbsleben teilgenommen haben oder länger aus dem Erwerbsprozeß herausgefallen sind, ist der Zugang besonders schwierig. „Sie sehen sich Arbeitgebern gegenüber, die bei der Auswahl von Bewerbern von einer normativ gesetzten Erwerbsbiographie, modifiziert nach spezifischen Berufswegen, ausgehen, der sie immer weniger entsprechen können“ (Kronauer/Vogel/Gerlach 1993, S. 39f.).

Zudem sind sie wesentlichen staatlichen Reglementierungen unterworfen. So wurde 1997 die Zumutbarkeitsregelung für Erwerbslose verschärft. Nunmehr bestimmt § 121 des Sozialgesetzbuchs III, das einem Arbeitslosen alle seiner Arbeitsfähigkeit

entsprechenden Beschäftigungen zumutbar sind. Soweit es nicht andere Zumutbarkeitsbeschränkungen gibt, ist auch jede unterqualifizierte Arbeit anzunehmen bzw. eine Ablehnung mit einer Sperrzeit von Arbeitslosengeld oder -hilfe sanktioniert. Ansprüche an Qualität von Arbeit hinsichtlich Qualifikation, Neigungen, Arbeitsinhalt oder -bedingungen oder gar ökologische Kriterien sind für Erwerbslose nur im Glücksfall realisierbar. Im Gegenteil, die Äußerung solcher Ansprüche wird gesellschaftlich als unverschämte Anspruchshaltung geächtet.

Noch eingengter sind die Möglichkeiten für SozialhilfebezieherInnen. Die Verpflichtung der Kommunen, für SozialhilfebezieherInnen Arbeitsgelegenheiten zu schaffen (§ 19 Bundessozialhilfegesetz), wird mit unterschiedlichen Programmen umgesetzt (vgl. für Bremen Kube/Stielike S. 39ff.). In einigen Kommunen steht die Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Tätigkeiten im Vordergrund, die hinsichtlich Qualifizierung und Art der Tätigkeit (z. B. auch im Umweltschutz) für viele SozialhilfebezieherInnen eine positive Chance darstellen. Überwiegend wird dieses Instrument allerdings genutzt, um Arbeitsgelegenheiten zu schaffen, die nur mit einer Mehraufwandspauschale (ca. 1,- bis 3,- DM die Stunde) zusätzlich zur Sozialhilfe entschädigt werden. Die Betroffenen erwerben weder arbeitsrechtliche Absicherung noch Ansprüche aus der Sozialversicherung.

So werden SozialhilfebezieherInnen in vielen Fällen im Rahmen der „Hilfe zur Arbeit“ als billige Arbeitskräfte zur Erledigung öffentlicher Aufgaben herangezogen, die in Konkurrenz zu Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst stehen. Der disziplinierende Charakter steht im Vordergrund. Qualität und Sinn der Arbeit und die Chance auf einen Einstieg in den allgemeinen Arbeitsmarkt bleiben auf der Strecke. Bei Verweigerung, auch noch so unsinniger Tätigkeiten, wird die Sozialhilfe gekürzt oder ganz verweigert.¹⁰

2.3 Chancen und Grenzen ökologischer Verhaltensmöglichkeiten

2.3.1 Individuelle Ansätze

Bedingt durch materielle Knappheit und erwerbsarbeitsfreie Zeit entwickeln sich andererseits neue Lebensstile. Dies sind in erster Linie die alltäglichen kleinen Notlösungen, kreativen Ideen und Alternativen, die Menschen entwickeln, um mit der Mangelsituation zu leben und trotz der unter Punkt 2.2 genannten Behinderungen ein wenig Lebensqualität zu realisieren. Durch die unfreiwillige Situation, nicht im üblichen Maß am gesellschaftlichen Konsum teilhaben zu können, entstehen partiell Lebens- und Umgangsformen, wie sie in der Nachhaltigkeitsdebatte gefordert werden. Das kann etwa bedeuten, statt auf Fertiggerichte auf die alten Kochrezepte der Mütter und Großmütter zurückgreifen, bei Krankheiten statt Medikamente zu kaufen, alte Natur und Hausrezepte anzuwenden, Strom, Wasser und Heizung zu sparen, Gebrauchsgegenstände und Kleidung zu tauschen und zu leihen, auf Flohmärkten, im

10 Zur „Hilfe zur Arbeit“ vgl. Scherer (1995a) und Frankfurter Arbeitslosenzentrum (1998).

Sperrmüll und in Secondhand-Läden zu stöbern, zu reparieren statt neu zu kaufen, Geschenke selbst zu machen, gegenseitige Hilfs- und Arbeitsleistungen auszutauschen usw. So gibt z. B. eine der Befragten im Bremer Armutsbericht an, daß sie sich mit ihrer ebenfalls alleinerziehenden und mittellosen Freundin bei der Kinderbetreuung abwechselt (Busch-Geertsema/Ruhstrat 1993, S. 63).

Selbst für den Urlaub lassen sich reizvolle Alternativen zu Fernreisen finden. So beschreiben van Veen und van Eeden (1996, S. 43), wie ihnen die Idee, „mit einem Ziehwagen mit Zeltausrüstung in einer Woche via allerlei schöner Fleckchen von Den Haag nach Amsterdam zu laufen“, anfänglich auch absolut nicht gefiel, dies aber einer der schönsten Urlaube wurde.

Wie bereits unter Punkt 2.2 beschrieben, hängen die Realisierungsmöglichkeiten solcher Ansätze erheblich von der Gegebenheit bestimmter Bedingungen ab. Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang das Vorhandensein sozialer Kontakte. Meiner Erfahrung nach bilden sich besonders dort entsprechende Verhaltensweisen heraus, wo Menschen in einer ähnlichen Situation zusammentreffen, wie z. B. Initiativen oder Arbeitslosenzentren. Insofern spielen auch bei den individuellen Lösungsstrategien kollektive Momente eine große Rolle.

2.3.2 Kollektive Ansätze

Neben individuellen Bewältigungsstrategien existieren inzwischen eine Reihe organisierter kollektiver Ansätze wie Food-, Service-, Einkaufs-Koops, Eigenarbeits- und Reparaturzentren und besonders die Tauschringe, die in den letzten Jahren erheblichen Zulauf erhalten haben. Ansatzweise wird mit diesen Organisationsformen der Kreislauf Arbeit/Gelderwerb/Konsum durchbrochen, und es bietet sich in diesem Rahmen auch für arme Menschen die Möglichkeit, sich mehr Lebensqualität zu schaffen. Die verschiedenen Ansätze dieser Zusammenschlüsse können im Zusammenhang dieses Beitrags nicht näher behandelt werden, beispielhaft wird im Kapitel 2.3.2.1 ein Projekt aus Bremen dargestellt. Insgesamt ist aber festzustellen, daß die Suche nach Alternativen zur Erwerbsarbeits- und Konsumgesellschaft zumindest in der theoretischen Debatte und bei den betroffenen Opfern der Krise inzwischen verstärkt Kreise zieht. Unter anderem wird in Bremen zur Zeit über die Gründung eines Zentrums für neue Arbeit diskutiert. Ziel eines solchen Zentrums wäre, ein Zukunftsmodell von Arbeit zu forcieren und praktisch zu entwickeln, das aus einer Kombination von Erwerbsarbeit, selbstbestimmter Tätigkeit und Selbstversorgung (angelehnt an das „new work“-Konzept Frithjof Bergmanns, vgl. Frankfurter Rundschau 1998). Dementsprechend sind drei Tätigkeitsfelder vorgesehen:

1. Unterstützung bei der Entwicklung eigener Interessen, Wünsche, kreativen Fähigkeiten, Kompetenzen usw.;
2. Unterstützung bei der Umsetzung von Tätigkeiten in den drei Bereichen Erwerbsarbeit/Existenzgründung, Bürgerarbeit/Berufungsarbeit und Eigenarbeit/ Selbstversorgung;
3. Vermittlung konkreter Tätigkeiten, Vermittlung an andere (Beratungs-)Stellen und die Koordination der Vernetzung mit anderen „Gleichgesinnten“, z. B. Tauschring-

ge, Food-Koops, aber auch Austauschbörsen für Tips, Tricks und Überlegungsstrategien, Gründung von Leihservice-Betrieben etc. (AG Neue Arbeits(organisation) 1998).

Inwieweit ein solches Zentrum tatsächlich eine Chance der Realisierung hat und ob auch breite Teile der Bevölkerung Zugang zu einem solchen Zentrum finden würden, ist im Moment noch offen. Auf der Verwaltungsebene und in den gesetzlichen Regelungen für die Gewährung von Sozialleistungen finden entsprechende Diskussionen bisher kaum Wiederhall.

2.3.2.1 Beispiel Projekt GROBI Bremen

Seit 1998 gibt es in Bremen ein Zentrum, das Räume und Strukturen für Eigenversorgung und neue Arbeitsformen bietet und fördert: das Grundversorgungs-, Kommunikations- und Bildungszentrum (kurz: GROBI). Träger des Zentrums ist der Verein Solidarität e.V., genutzt wird es von insgesamt drei Gruppen: der „Bremer Commune“, dem „Bildungs-, Zukunfts- und gegenseitiger Unterstützungsverein erwerbsarbeitender und erwerbsloser Menschen“ (kurz: Bildungsverein) und dem lokalen Tauschring „TauschWatt“. Es gibt keine übergeordnete Organisationseinheit. Das Zentrum lebt von den Aktivitäten der Menschen und Gruppen, die dort tätig sind. Einmal wöchentlich findet ein offenes Treffen zum Austausch und für interessierte Neue sowie ein Plenum der Nutzer zu organisatorischen Fragen statt.

Im Zentrum gibt es eine Fahrrad-, Näh- und Tischlerwerkstatt, die von freiwilligen Verantwortlichen aus TauschWatt oder der Bremer Commune organisiert werden, eine Klamottenkammer sowie eine große Küche und einen Lebensmittelladen, in dem die Produkte vom Biohof des befreundeten Vereins Solidarität e.V. (s. u.) angeboten werden. Ebenso stehen verschiedene Medien wie Telefon, Fax, PC, Internetzugang, Video etc. zur Verfügung. Etwa dreimal die Woche wird ein Mittagstisch zum Selbstkostenpreis angeboten. Die Mitglieder der Gruppen können die Infrastruktur und die Angebote des Zentrums zu den ermäßigten Bedingungen nutzen. Für Außenstehende stehen die Werkstätten nur ausnahmsweise gegen Entgelt und nur zur Selbsthilfe zur Verfügung. Auftragsarbeiten gegen Geld werden nicht geleistet.

Hierin unterscheidet sich das GROBI von Dienstleistungszentren oder auch von Häusern der Eigenarbeit. Das Zentrum ist nicht Anbieter von Eigenarbeits-, Selbstversorgungs- oder Bildungsmöglichkeiten für beliebige oder auch bestimmte Kunden, sondern Ziel ist die Organisation der Beteiligten, ein kollektiver Zusammenhang, in dem durch geldlose Kooperation, Tauscharbeit und den kollektiven Zugang zu Ressourcen ein Teil von Grundbedürfnissen abgedeckt wird.

Wesentlicher Motor für diesen Prozeß ist die AG „Neue Arbeit“, die sich aus Aktiven der drei Gruppen (s. u.) zusammensetzt und die sich mit den theoretischen Konzepten zu Neuer Arbeit befaßt und Überlegungen zu deren praktischer Umsetzung anstellt. Auch die Bestrebungen zur Gründung eines Zentrums für Neue Arbeit (s. o.) wurden aus dieser AG mit initiiert.

Solidarität e.V.

Neben dem GROBI betreibt der Verein „Solidarität e.V.“ einen Versuchsbauernhof für ökologischen Landbau in der Nähe von Bremen, auf dem sowohl Anbaumethoden wie auch neue Arbeitsformen ausprobiert werden. Der Versuchshof wird mit vier ABM-Stellen gefördert. Die auf dem Hof erzeugten Lebensmittel ermöglichen eine Grundversorgung der NutzerInnen des GROBI. Diese unterstützen den Versuchshof durch ihre Mitarbeit. Ein wichtiger Aspekt der Kooperation ist, die Verbindung zwischen Stadt und Land herzustellen. Durch die Mitarbeit der StädterInnen auf dem Land können diese die Naturkreisläufe wieder sinnlich erfahren. Dieser Erfahrungshintergrund wird als wichtige Motivation für die Veränderung des eigenen Handelns zugunsten ökologischer Prinzipien gesehen.

Bremer Commune

Ziel der Bremer Commune ist es, im „hier und jetzt“ mit der Gestaltung einer alternativen Gesellschaft zu beginnen. Sie ist eine Solidargemeinschaft und gleichzeitig gesellschaftliches Modell. Sie stellt vergleichsweise die größten Anforderungen an ihre Mitglieder, da es um die praktische Umsetzung alternativer Lebensformen geht und ein hohes Maß an Verbindlichkeit gefordert wird. Die Mitglieder verpflichten sich zu ca. drei bis neun Stunden Kooperativarbeit in sogenannten Bezugsgruppen. In der Anfangsphase wurde mit den Bezugsgruppen im Rotationsprinzip ein großer Teil der Eigenversorgung sichergestellt. Wechselnd wurde von den Bezugsgruppen Brot gebacken, Brotaufstriche, Marmeladen, Quark etc. hergestellt.

Da unter dem Rotationsprinzip jedoch die Qualität litt, wurde das Prinzip aufgegeben. An Stelle einer Rotation mit einer festgelegten Aufgabenreihenfolge und dem Anspruch an die Bezugsgruppen, produktiv zu werden, ist jetzt die „Aktivierung“ getreten. Hier wird ebenfalls durch verschiedene festgelegte Bereiche rotiert, mit dem Ziel einer Einführung und Befassung mit grundlegenden Themen. Zu diesen Bereichen gehören:

- Subsistenz (Landwirtschaft, Handwerk und Haushalt),
- Produktion (derzeit: Einführung in und Diskussion von Produktionstechniken),
- Spiritualität (Diskussion der Glaubensfrage),
- Kultur (derzeit: Ansätze zum Aufbau kooperativer Kultur),
- Bewußtsein (Erkenntnistheorie),
- Organisation (Auseinandersetzung mit grundlegenden Organisationsprinzipien der Bremer Commune: Basisdemokratie, Planwirtschaft von unten, Kooperativarbeit).

Im Rahmen dieser Rotation entscheiden sich Einzelne oder Gruppen dann, langfristig in einem Bereich zu arbeiten (z. B. Produktionsgruppen, die die Herstellung bestimmter Versorgungsgüter langfristig übernehmen).

Ziel der Commune ist es, möglichst weitgehend unabhängig von Lohnarbeit und Geldkreislauf zu leben. Dies geht in dieser Gesellschaft allerdings nur begrenzt, da Miete, Kultur, ÖPNV, ein Teil der Versorgungsgüter etc. bezahlt werden müssen. So sind die Mitglieder der Commune auf Jobs oder staatliche Leistungen angewiesen. Sie zahlen einen monatlichen Beitrag von 50,- DM und können sich mit den hergestell-

ten Gütern sowie den Produkten vom Versuchshof (Grundbedarf) versorgen und die Werkstätten nutzen. Wer viel entnimmt oder viel Einkommen hat, zahlt nach eigenem Ermessen mehr. Halbjährlich finden Haushaltsplandiskussionen statt. Zur Zeit (1999) hat die Commune ca. 15 Mitglieder.

Bildungsverein

Der Bildungsverein orientiert sich am Vorbild der Arbeiterbildungsvereine um 1900. An fünf Abenden der Woche werden Bildungsveranstaltungen zu verschiedenen Themenschwerpunkten (Philosophie und Spiritualität, Geisteswissenschaft, Natur und Technik, kooperative Kultur, Wochenrückblick auf gesellschaftliche Ereignisse) und etwa alle sechs Monate ein kleiner Kongreß, die sogenannten „Zukunfts- und Bildungstage“, organisiert.

Der Bildungsverein bietet begrenzt Erstberatung in Wohn-, Sozialhilfe- und Arbeitsamtsfragen an und organisiert Diskussionsprozesse zum Thema „Neue Arbeit“. Die Mitglieder des Bildungsvereins zahlen Mitgliedsbeiträge, die nach Einkommen gestaffelt sind. Für die Nutzung der Werkstätten zahlen sie 2,- DM pro Stunde, und aus dem Laden können sie zum Selbstkostenpreis Produkte entnehmen. Die Mitglieder verpflichten sich für ein halbes Jahr zu der Teilnahme an bestimmten Veranstaltungen. Der Bildungsverein hat aktuell (1999) ca. 20 Mitglieder.

TauschWatt

„TauschWatt“ funktioniert ähnlich wie die meisten Tauschringe. Gegen eine Zeitwährung, sogenannte Tiden, werden verschiedene Arbeitsleistungen getauscht. Über die Zeitwährung werden alle Arbeiten gleich bewertet. Es wird eine jährliche Gebühr von 25,- DM erhoben, und monatlich muß eine geringe Anzahl an Tiden für die „TauschWatt“ (-Organisation) geleistet werden. Für eine Mischung aus Geld und Tiden können die Werkstätten und der Laden genutzt werden.

„TauschWatt“ stellt im Vergleich die geringsten Anforderungen an die Einstellung und Verbindlichkeit der Mitglieder und ist insofern das breiteste Angebot. Viele Mitglieder nutzen die Tauschmöglichkeit als unmittelbare Selbsthilfe und sinnvolle Alternative zum Kauf und Verkauf von Arbeitsleistungen, ohne jedoch damit zugleich die Lohnarbeitsgesellschaft in Frage zu stellen oder eine alternative Lebensweise oder gar Gesellschaft anzustreben. Während dies einerseits für eine Einbindung ins GROBI manchmal schwierig ist, da der Anspruch des Zentrums (zumindest aus Sicht der Bremer Commune) weitgehender ist, bietet „TauschWatt“ andererseits auch für Mitglieder ohne ideologischen Hintergrund die erste Zugangs- und Einstiegsmöglichkeit und ist damit ein wichtiger Ansatz für die Öffnung des Zentrums über die bewußt alternativen Kreise hinaus.

Einschätzung

Die Organisationsstrukturen des GROBI bieten auch Menschen mit geringem Einkommen Möglichkeiten, von denen sie sonst ausgeschlossen sind. Viele geben an, mit einem Einkommen in Höhe des Sozialhilfeniveaus (oder sogar darunter) auszukommen und trotzdem ein „Mehr“ an Lebensqualität zu haben.

Durch den kollektiven Zugang zu Ressourcen und die Tauscharbeit können sich die NutzerInnen Dinge leisten, die sonst käuflich erworben werden müßten und somit unerschwinglich wären wie z. B. ökologische Ernährung, die Möglichkeit, neue Medien zu nutzen und sich darin weiter zu qualifizieren, sowie viele Arten von Dienstleistungen: von der Massage über Kinderbetreuung bis zu handwerklichen Tätigkeiten, Reparaturarbeiten ebenso wie Bildungsmöglichkeiten.

Der Kreislauf von Lohnarbeit und Konsum wird hier durchbrochen. Die in der Nachhaltigkeitsdebatte entwickelten Kriterien für ökologisches Verhalten – weniger konsumieren, gemeinsam nutzen, reparieren, tauschen oder leihen, regionale Versorgung etc. – werden mit dieser Organisationsform beinahe mustergültig erfüllt. Die kollektive Organisationsform wird von den Beteiligten nicht als Einschränkung (z. B. weil man sich nichts anderes leisten kann), sondern als Gewinn erlebt und ist ausdrücklich gewollt.

Das GROBI zeigt eine positive Alternative zu Individualisierung und materieller Orientierung auf. Es ist praktisches Beispiel dafür, wie sich Lebensqualität mit wenig Einkommen realisieren läßt. Allerdings ist die Übertragbarkeit des Modells begrenzt.

Staatliche Reglementierungen machen auch vor dem GROBI nicht halt. Zwar befindet sich das Projekt selbst nicht in staatlicher oder städtischer Abhängigkeit, da es finanziell von den NutzerInnen getragen wird, aber die Mitglieder sind zum großen Teil auf Leistungen vom Arbeits-, Sozial-, oder Wohnungsamt angewiesen. Damit unterliegen sie allen oben beschriebenen Regularien. Zwar bietet die Form des Kollektivs einen gewissen Schutz, da sich die Mitglieder des GROBI nicht individuell mit den Behörden auseinandersetzen müssen, sondern ideell, praktisch und notfalls auch materiell unterstützt werden, insgesamt werden Projekte wie das GROBI aber behördlicherseits nicht positiv als unterstützenswerte Experimente angesehen, sondern äußerst skeptisch beäugt, da die praktizierten Organisationsformen nicht mit den Kriterien staatlicher Leistungsgewährung zusammenpassen.

Zudem ist der Kreis der „angesprochenen“ Personen eingeschränkt. Die Menschen, die sich im GROBI engagieren, sind zumindest ansatzweise auf der Suche nach anderen Arbeits- und Lebensformen. Die Möglichkeiten für eine bessere Lebensqualität, die das GROBI bietet, können nicht einfach „konsumiert“ oder wie Dienstleistungen genutzt werden, sondern funktionieren gewollt nur unter der Bedingung der Organisation und Kollektivität und in einem überschaubaren Rahmen mit engagierten Menschen. Demzufolge überrascht es nicht, daß die NutzerInnen des GROBI fast ausschließlich mittleren Alters und dem alternativen linksorientierten Milieu zuzurechnen sind. Beispielsweise finden sich weder Jugendliche, noch ältere Menschen im GROBI.

Für Menschen, die keinen Zugang zum alternativen Milieu und nicht mit den Werten der Erwerbsarbeits- und Konsumgesellschaft gebrochen haben, sondern durch äußere ungewollte Faktoren in Erwerbslosigkeit und Armut abgedrängt wurden, ist das GROBI keine naheliegende Alternative. Insofern ist das GROBI zwar ein positives, aber kein beliebig übertragbares Modell zur Verbesserung der Lebenssituation für von Armut betroffene Menschen.

2.3.3 Zugangsbarrieren

Neben den bereits dargestellten Hindernissen und Chancen scheinen mir im Sinne des Leitbilds „Gut leben statt viel haben“ zwei weitere Aspekte für den Zugang zu ökologischen Verhaltensweisen von zentraler Bedeutung zu sein.

Erstens erfordert ökologisches Verhalten besonders unter Armutsbedingungen eine Reihe subjektiver Kompetenzen und Möglichkeiten (siehe auch 2.2.1). Je nach Voraussetzung können unterschiedliche Personen mit den gleichen finanziellen Mitteln entweder „gut leben“ oder auch erheblichen Mangel leiden. Ein zentrales Moment zur Realisierung des „gut leben“ jenseits von Konsum ist die Fähigkeit zur Selbstversorgung. Diese aber sehen Kronauer/Vogel/Gerlach (1993, S. 32f.) gesellschaftlich geschwächt:

„Es gibt gute Gründe dafür anzunehmen, daß auch in der Bundesrepublik Deutschland die ungewöhnlich lange Phase des wirtschaftlichen Wachstums und der relativen Vollbeschäftigung von den 50er bis in die frühen 70er Jahre hinein die Haushalte in ihren Versorgungsstrategien noch enger an abhängige Erwerbsarbeit gebunden und ihre Fähigkeit geschwächt hat, sich durch Selbstversorgung in Eigenarbeit oder durch die Verbindung unterschiedlicher Einkommensformen eine gewisse strategische Unabhängigkeit von dieser dominierenden Einkommensquelle im Hinblick auf den eigenen Lebensunterhalt zu bewahren“.

Der zweite Aspekt betrifft Ausstrahlung und Image der Begriffe wie Sparsamkeit, gemeinsam nutzen, Verzicht, teilen etc., die in der ökologischen Debatte benutzt werden. Welche Bewertung diese Begriffe erfahren, hängt stark vom sozialen Status der Adressaten ab.

Nimmt man die Vielzahl der einzelnen Verhaltensweisen, die als ökologisch gelten, zusammen, käme nach de Haan und Kuckartz (1996, S. 271) folgende Person zum Vorschein:

„... die in einer kleinen Wohnung lebende Rentnerin! Sie bezieht nur eine kleine Rente oder erhält Sozialhilfe, sie verläßt das Heim nur selten, sie ist nicht mobil, besitzt nicht einmal einen Führerschein, geschweige denn ein Auto. Sie ist finanziell nicht in der Lage, Fernreisen per Flugzeug zu unternehmen, auch der Sonntagsausflug gehört bei ihr nicht zum Standard. Sie hat ein manifestes Interesse zu sparen und achtet deshalb peinlich darauf, daß immer nur dort das Licht brennt, wo sie es wirklich benötigt. Exotische Lebensmittel sind ihr fremd und außerdem zu teuer“.

Galten früher o. g. Tugenden wie Sparsamkeit und Bescheidenheit etc. als erstrebenswert, mit denen sich besonders die Nachkriegsgeneration identifizierte, muten sie heute eher altmodisch verstaubt an, und de Haan und Kuckartz bemerken zutreffend: „Als publikumswirksames Vorbild läßt sie [die Rentnerin] sich allerdings nicht verwenden“ (ebd.).

Eine positivere Ausstrahlung ist sicherlich mit dem Leitsatz „Gut leben statt viel haben“ beabsichtigt. Dieser zeigt meiner Ansicht nach allerdings auch nur begrenzte Wirkung. Ein Leitbild mit besagtem Motto richtet sich an eine umweltbewußte Mittelschicht und geht an den Problemen der Armutsbevölkerung vorbei. Dieses Motto impliziert die Aufforderung zum Verzicht. Es impliziert, daß man viel haben könnte, auf das man aus Vernunft – zugunsten der Umwelt – verzichten soll und trotzdem

oder gerade deshalb gut leben kann. Für arme Menschen ist der Verzicht allerdings alltäglich und gezwungenermaßen. Dort gibt es allenfalls den Wunsch, "viel zu haben". Deshalb wird der Verzicht als Mangel empfunden und nicht als Gewinn von Lebensqualität.

Ende 1996 machte das bereits benannte holländische Ehepaar Rob van Eeden und Hanneke van Veen mit ihrem Buch „Knausern Sie sich reich“ Schlagzeilen in der Presse. Sie scheinen geradezu die Verkörperung des Leitbilds „Gut leben statt viel haben“ zu sein. Sie üben Konsumverzicht, wo es nur geht, sind über die Maßen sparsam, verdünnen ihr Shampoo, schneiden Zahnpastatuben in der Mitte durch, nutzen gemeinsam, kaufen in Secondhand-Läden, tauschen und leihen und vermitteln bei all dem einen fröhlichen, lebenslustigen Eindruck. Sie leben offensichtlich gut! Auf die Frage, ob ihr Lebensstil nicht ein Luxus der Mittelschicht sei, zitieren sie aus Briefen, die SozialhilfebezieherInnen an die von ihnen herausgegebene Geizhalszeitung geschrieben haben: „Endlich! Endlich! Das ist die Zeitung, auf die wir gewartet haben. Sonst steht überall nur Kauf! Kauf! Kauf! Wenn Du nicht kaufen kannst, gehörst Du nicht dazu. Jetzt steht da: Du bist gut, wenn Du nicht kaufst.“ (TAZ 1996, S. 12)

Auf der einen Seite drückt dieses Zitat aus, daß sie mit ihrer Zeitung durchaus den Nerv der SozialhilfebezieherInnen getroffen haben, und kennzeichnet andererseits den ungeheuren Druck der gesellschaftlichen Realität: „... wenn Du nicht kaufen kannst, gehörst Du nicht dazu.“

Die alternative Lebensweise van Veens und van Eedens ist in unserer Gesellschaft (noch) nicht akzeptiert. Wer nicht konsumiert, steht quer zur Gesellschaft! Es macht einen enormen Unterschied, ob man sich diesem Konsumdiktat freiwillig entzieht oder ob man notgedrungen auf Konsum verzichten muß. Auf Konsum zu verzichten, obwohl man konsumieren könnte, ist zwar kein akzeptiertes gesellschaftliches Leitbild, zumindest aber etwas besonderes. Die bewußte Haltung des Konsumverzichts wird durchaus, wenn auch zögerlich, anerkannt; allenfalls gilt sie als spleenig. Nicht konsumieren zu können, weil man arm ist, bedeutet in unserer Gesellschaft Statusverlust. Wie Wolf Wagner in seinem Buch „Angst vor der Armut“ (1991, S. 31) schreibt: „Billige Nahrung, billige Schuhe, billiges Wissen, das kennzeichnet die Armen als die Rohen, die Ungebildeten, die Unzivilisierten“.

Armut gilt immer noch als Schande, als Ausdruck des Versagens, auch wenn man weiß, daß es große Teile der Bevölkerung treffen kann. Dementsprechend ist es das Bestreben vieler von Armut Betroffener, möglichst nicht im Widerspruch zur gesellschaftlichen Norm, sondern im Einklang mit dieser zu leben, am Konsum teilzuhaben und nicht durch Secondhand-Kleidung, Sparsamkeit und Konsumverzicht aufzufallen und sich als arm zu outen. Das Bild der armen Rentnerin möchte niemand abgeben. Armut ist nicht attraktiv, und Verhaltensweisen, die den Geruch von Armut haben, sind es auch nicht.

Davon abgrenzen können sich diejenigen, die etwas anderes, z. B. Status zu bieten haben, oder jene Betroffenen, die sich in sozialen Zusammenhängen befinden, in denen entweder bewußt auf Konsum verzichtet wird (Alternativszene) oder in denen

wenig Einkommen nicht mit einem Statusverlust verbunden ist – beispielsweise StudentInnen.

2.4 Fazit

Ökologisches Verhalten gestaltet sich unter Armutsbedingungen aus mehreren Gründen schwierig:

- Weil materielle Ressourcen fehlen und ökologisches Verhalten selbst bei umweltbewußten KonsumentInnen oft an ganz praktischen Dingen scheitert (in erster Linie werden immer wieder für alle Bereiche ausdrücklich die höheren Kosten, der Mangel an Mobilität und räumlichen Möglichkeiten deutlich betont),
- weil die restriktive und reglementierende Gewährung von Sozialleistungen (insbesondere Sozialhilfe) ökologisches Verhalten und nachhaltige Lebensmodelle behindert und verhindert,
- weil jeder Versuch, attraktive Lebensmodelle jenseits von materiellen Werten und Konsumzwang zu entwickeln, in der Gefahr steht, sozialpolitisch die Begründung für weitere Leistungskürzungen zu liefern, und
- weil das Leitbild „Gut leben statt viel haben“ für Menschen in Armut nicht attraktiv ist, sondern an ihren Problemen vorbeigeht.

Daraus lassen sich Anforderungen an gesellschaftliche Rahmenbedingungen ableiten.

- Eine existentielle Absicherung, die sich am gesellschaftlichen Reichtum orientiert und sich deutlich vom Sozialhilfeniveau abhebt, ist Voraussetzung und kein Widerspruch für den Zugang zu ökologischem Verhalten und „zukunftsfähigem Konsum“. Erst sie ermöglicht Handlungsspielräume, die bewußte Entscheidungen möglich machen.
- Ökologisches Verhalten muß „erschwinglich“ sein. Bisher erscheint im Rahmen von Kosten- Nutzen-Überlegungen „umweltfreundliches Handeln häufig irrational: umweltfreundliche Produkte sind wesentlich teurer als konventionelle Produkte.“ (Poferl/Schilling/Brand 1997, S. 118). Bei langlebigen, umweltfreundlichen Produkten, die in der Produktion und damit auch im Verkauf teurer sein müssen – beispielsweise Möbel, Elektrogeräte usw. –, muß über Möglichkeiten der Finanzierbarkeit von hohen Anschaffungspreisen nachgedacht werden; denkbar wären z. B. staatliche Zuschüsse zu umweltfreundlichen Produkten, zinslose „Umweltkredite“ o. ä.
- Der Zugang zu einer Infrastruktur, die „gut leben“ jenseits von Konsum ermöglicht, muß gewährleistet sein, beispielsweise
 - die Versorgung mit kostenlosen oder kostengünstigen Kulturangeboten,
 - die Gewährleistung von Mobilität über öffentlichen Nahverkehr und Transport,
 - die Bereitstellung unentgeltlicher öffentlicher Räume,
 - die leichte und nicht stigmatisierte Erreichbarkeit von ökologischen Angeboten, z. B. Ökokaufhäuser, in denen neben eher exklusiven Bio- oder Natur-

holzmöbelläden auch Gebrauchsgüter-, Tausch- und Leihläden ihren etablierten Platz haben.

- Die rechtliche und praktische Gestaltung der sozialen Sicherung müßte ökologische Aspekte berücksichtigen und nachhaltige und kollektive Lebensformen fördern, statt sie zu behindern.
- Fähigkeiten zur Eigenversorgung und Reproduktion wie z. B. kochen, nähen und handwerkliche Fertigkeiten sind wichtige Voraussetzungen für ökologisches Verhalten. Die Vermittlung solcher Fähigkeiten sollte einen entsprechenden Stellenwert in Erziehung und Ausbildung erhalten.
- Ein gesellschaftlicher Wertewandel ist vonnöten. Die gesellschaftliche Orientierung auf immer mehr Wachstum, materiellen Reichtum und uneingeschränkten Konsum ist unbestritten keine zukunftsfähige Perspektive. Für einen Wertewandel und eine ökologische Wende muß das Leitbild an positiver Ausstrahlung („Du bist gut, wenn Du *nicht* kaufst“) gewinnen und für möglichst viele tatsächlich lebbar sein.

Die Signalwirkung für einen entsprechenden Wertewandel kann nur von der etablierten Mittelschicht ausgehen. Sie kann nicht von den Opfern der Krise erwartet werden, die in ihren Handlungen erheblicher gesellschaftlicher Stigmatisierung und Kontrolle unterworfen sind. Auch die Vertreter der extremen Sparsamkeit wie van Veen und van Eeden (1996, S. 19) sagen deutlich: „Konsumverringering ist vor allem etwas für diejenigen Menschen, die es sich leisten können.“

Immaterielle Wohlstandssteigerung kann deshalb nur oberhalb von Armut beginnen. Solange die arme Bevölkerung den täglichen Kampf um ihre existenzielle Absicherung und gesellschaftliche Teilhabe führen muß, bleibt Ökologie für sie ein nachrangiges Problem.

3. Armut und Ökologie in der sozialpolitischen Debatte

Im Rahmen dieses Beitrags kann nicht die gesamte sozialpolitische Diskussion wiedergegeben werden. Es sollen nur einzelne Schlaglichter auf die Inhalte der Debatte um Arbeitslosigkeit und Armut und die Rolle der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen geworfen werden, die zwangsläufig etwas unscharf bleiben müssen. Ziel ist es, die Wechselwirkung zwischen Armut und Ökologie auf der Ebene der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen zu skizzieren.

3.1 Ziele und Forderungen der Erwerbslosen- und Sozialhilfeorganisationen

Seit Ende der 70er Jahre arbeiten auf Bundesebene verschiedene Zusammenschlüsse von Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen zum Thema Arbeitslosigkeit und Armut. Im wesentlichen haben sich über die Jahre folgende Zusammenhänge verschiedener Strömungen etabliert: die Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen, die Bundesarbeitsgemeinschaft unabhängiger Erwerbsloseninitiativen, die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen, der Arbeitslosenverband (Ost) Deutschland sowie die kirchlichen Arbeitslosenprojekte. Das Spektrum der Ziele und Forderungen der Erwerbslosen- und Sozialhilfeorganisationen ist breit gefächert. Zwar haben alle die Verbesserung der Lage der Betroffenen zum Ziel, es herrscht jedoch Uneinigkeit darüber, wie diese aussehen soll. Während die einen das Recht auf Arbeit und Vollbeschäftigung propagieren, sehen die anderen in der Krise die Chance zur Abkehr von der Lohnarbeit und zu einer Neudefinition und -organisation von Arbeit und Leben.

Bereits auf dem ersten Bundeskongress der Arbeitslosen in Frankfurt 1982 wurden beide Positionen heftig diskutiert. Während die Forderung nach Vollbeschäftigung in weiten Teilen der gewerkschaftlichen Arbeitsloseninitiativen Widerhall fand, hieß es in dem Bericht der Arbeitsgruppe VIII „Begriff der Arbeit“ auf dem Abschlußplenar:

„Wir wollen das Recht auf Lohnarbeit? Lohnarbeit, die aber bedeutet, sich der Monotonie und Verblödung und Arbeitsprozesse auszusetzen. Lohnarbeit, die bedeutet, einem angeblichen Lebensstandard hinterherzuhecheln, ganze Regionen in der 3. Welt in die Verarmung zu treiben, damit wir in den Industriestaaten das ganze Jahr über Kaffee trinken und frische Orangen essen können. Lohnarbeit, bei der wir keinen Einfluß darauf haben, was produziert und wie es produziert wird. Lohnarbeit, die bedeutet, irgendeinen Ramsch herzustellen, der unsere Umwelt und letztlich auch unsere Gehirne vergiftet.“ (1. Bundeskongress der Arbeitslosen 1983, S. 142)

Dies verdeutlicht, daß bereits Anfang der 80er Jahre bei Teilen der Erwerbslosenbewegung die ökologischen Zusammenhänge im Blick waren. Trotz der Differenzen konnte Anfang der 90er Jahre mit der Forderung nach einer existenziellen Absicherung in Form eines Existenzgeldes ohne Zwang zur Arbeit, einer radikalen Arbeitszeitverkürzung, einer Umverteilung von Arbeit und der Aufhebung der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung eine inhaltliche Basis gefunden werden, die von allen getragen wurde (vgl. Bundesarbeitsgruppen der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut [BAG-Erwerbslose] 1996). Letztlich erwies sich diese in der Praxis aber nicht als tragfähig, da die Palette der verschiedenen Positionen in der konkreten Arbeit bestehen blieb.

Seit Mitte der 90er Jahre arbeiten die verschiedenen Zusammenschlüsse in der Praxis eher auf der Basis von Bündnispolitik zur Durchsetzung aktueller sozialpolitischer Forderungen. Radikale Visionen gesellschaftlichen Wandels, die Nachhaltigkeitsgesichtspunkte mit einbeziehen und sich u. a. gegen grenzenloses Wirtschaftswachstum und überflüssigen Konsum positionieren, finden sich hauptsächlich bei der BAG Erwerbslose (vgl. Bundesarbeitsgemeinschaft unabhängiger Erwerbsloseninitiativen 1999).

3.2 Organisierung der von Armut Betroffenen

Die Organisierung der von Armut und Erwerbslosigkeit Betroffenen gestaltet sich äußerst schwierig. Dies ist u. a. darin begründet, daß Armut und Erwerbslosigkeit kein freiwilliger, sondern ein erzwungener Zustand und nicht Resultat politischer oder inhaltlicher Entscheidung oder Identifizierung ist. Die Betroffenen sind zunächst Opfer der gesellschaftlichen Entwicklung und darüber hinaus einem extremen Druck und einer Stigmatisierung ausgesetzt, die sie wahlweise zu Bemitleidenswerten oder Schuldigen erklärt.

Wenn sie aktiv werden, geschieht dies zunächst überwiegend, um Tätigkeitsfelder zu finden und soziale Kontakte zu knüpfen sowie Unterstützung in der Auseinandersetzung mit den Ämtern zu bekommen. Der Schritt, sich organisiert für die eigenen Interessen einzusetzen, um politische Veränderungen zu bewirken, erfolgt bezogen auf die Gesamtzahl der Betroffenen vergleichsweise selten, so daß nicht im üblichen Sinn von einer Bewegung gesprochen werden kann. Gleichwohl existieren neben den organisierten auch zahlreiche „stumme Widerstandsformen“ im Sinne subjektiver Strategien im Umgang mit Erwerbslosigkeit und Armut: So wird beispielsweise die gewonnene erwerbsarbeitsfreie Zeit nicht nur negativ, sondern auch positiv erlebt und genutzt. Überdies gibt es wie oben beschrieben in der Bundesrepublik eine gewachsene Struktur des organisierten Protests, die von professionellen MitarbeiterInnen in den Initiativen, politisch bewußt engagierten Erwerbslosen und SozialhilfebezieherInnen getragen wird. Von diesen Zusammenschlüssen wurden über die Jahre immer wieder verschiedene Protestaktionen organisiert, die allerdings von der Medienöffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen wurden.

Durch die aufflammenden Erwerbslosenproteste in Frankreich Ende 1997 war auch in der Bundesrepublik das Medieninteresse an Protestaktionen geweckt. Allerdings vererbte dies sofort wieder, als die ersten Aktionen nicht den Erwartungen der Medien entsprachen, die weniger am Inhalt, sondern mehr an der Medienwirksamkeit interessiert waren. Auch wenn die Erwerbslosenproteste in der Bundesrepublik nicht so spektakulär und radikal gewesen sein mögen wie in Frankreich, läßt sich doch konstatieren, daß sie in einen über das Jahr 1998 anhaltenden, koordinierten, breiten und öffentlichen Protest gemündet haben. Die Forderungen bezogen sich in erster Linie auf die Rücknahme von Verschlechterungen durch das neue Sozialgesetzbuch Anfang 1998 sowie auf Maßnahmen zur konkreten Verbesserung der Situation von Erwerbslosen, SozialhilfebezieherInnen und Flüchtlingen. Ob dieser organisierte öffentliche Protest anhalten und in die politische Auseinandersetzung über gesellschaftliche Perspektiven münden und Wirkung zeigen wird, ist Anfang 1999 nicht genau vorhersehbar (vgl. QUER 1998, S. 9ff.).

3.3 Die Rolle der Arbeitslosen- und Sozialhilfeinitiativen in der Nachhaltigkeitsdebatte

In der sozialpolitischen Diskussion legt ein Leitsatz wie „Gut leben statt viel haben“, also die Aufforderung zum Verzicht aus ökologischen Gründen, angesichts der Lage von Erwerbslosen, SozialhilfebezieherInnen und GeringverdienerInnen und permanent drohender Sozialleistungskürzungen den Verdacht nahe, berechnete Ansprüche abwehren zu wollen. Deshalb werden sich Erwerbslosen- und Sozialhilfeorganisationen dieses Motto sicher nicht auf die Fahnen schreiben. Dennoch werden in der konkreten Arbeit der Initiativen viele Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung unterstützt. Arbeitslosenzentren und Sozialhilfeinitiativen sind Orte, in denen eine aus subjektiver Betroffenheit resultierende Auseinandersetzung mit der Erwerbsarbeits- und Konsumgesellschaft stattfindet. Die zunächst von außen aufgezwungene Krise (Erwerbslosigkeit und Armut) bietet in der Auseinandersetzung die Chance für den Blick auf neue Werte und Perspektiven außerhalb von Erwerbsarbeit und Konsum. Viele Zentren bieten den Raum für soziale Kontakte und verschiedene Aktivitäten und damit eine Infrastruktur, die Selbsthilfe fördert und in der sich eine Kultur des „tauschen, leihen, gemeinsam nutzen“ etc. entwickeln kann.

Zum anderen können die Initiativen theoretische Impulse für neue Denkweisen liefern. Indem sie den Stellenwert von Erwerbsarbeit, den Arbeitsbegriff, die Orientierung auf immer mehr Wachstum und Konsum in Frage stellen, liefern die Initiativen einen wichtigen Beitrag für einen gesellschaftlichen Umdenkungsprozeß. Im Vordergrund bleibt aber zunächst der Kampf um eine existenzielle Absicherung deutlich oberhalb des Armutsniveaus und die Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum als Voraussetzung für ein gutes Leben.

3.4 Die Rolle der Gewerkschaften in der sozialpolitischen Auseinandersetzung

In allen Debatten zu Armut und Erwerbslosigkeit wird deutlich, daß die Gewerkschaften sich erheblich schwer tun, auf den radikalen Wandel der Arbeitswelt mit einhergehender Massenarbeitslosigkeit aktiv und gestaltend zu reagieren. Zwar werden auf der programmatischen Ebene durchaus gesellschaftspolitische Ziele wie ökologische Modernisierung und soziale Gerechtigkeit formuliert; auch von Arbeitszeitverkürzung und neuen Formen des Arbeitens und Zusammenlebens ist die Rede (vgl. DGB 1999), aber auf der realpolitischen und praktischen Ebene beschränken sich die Gewerkschaften seit langer Zeit auf das (innerbetriebliche) Kerngeschäft, indem sie versuchen, die materiellen und sozialen Standards der von ihnen vertretenen Arbeitnehmerschaft zu verteidigen. Oberstes Ziel und Leitbild ist nach wie vor die Vollbeschäftigung nach mehr oder minder altem Muster. So sind die Antworten auf die gesellschaftliche Entwicklung eher traditionell und von dem Ideal der normalen, männlichen Erwerbsbiographie geprägt.

Diese Sichtweise prägt auch das Verhältnis der Gewerkschaften gegenüber den Erwerbslosen(-organisationen): Vor dem Hintergrund des Normalarbeitsverhältnisses als Norm ist Erwerbslosigkeit ein Mangelzustand, eben die Abweichung von der Norm, und Erwerbslose sind die bedauernswerten Opfer der Krise. Aus dieser Perspektive erscheint die Auflösung dieses herkömmlichen Normalarbeitsverhältnisses mit wiederkehrenden Phasen von Erwerbslosigkeit und die Entstehung anderer Beschäftigungs-, Tätigkeits-, Lebens- und Organisationsformen potentiell als suspekt und bedrohlich. Die Norm selbst wird kaum in Frage gestellt. So ist es naheliegend, die Lösung in der Wiederherstellung des Normalarbeitsverhältnisses zu sehen und z. B. im Bündnis für Arbeit für die Bereitstellung entsprechender Erwerbsarbeitsplätze zu streiten.

Darüber gerät aus dem Blick, daß Erwerbslose kein monolithischer Block sind, die einem ebensolchem Block von Normal-Erwerbstätigen gegenüber stehen, sondern daß (neben einem Sockel von Langzeitarbeitslosen) eben jene unterbrochenen Berufsbiographien mit Phasen von Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit für viele Menschen bereits die Normalität sind und noch zunehmen werden.

Ebenso aus dem Blick geraten die Chancen, die neben allen Risiken in der Veränderung der Arbeitswelt liegen. Nicht nur gezwungenermaßen verliert das Normalarbeitsverhältnis seinen Stellenwert. Nicht mehr die lebenslange Vollzeitbeschäftigung bei einem Arbeitgeber ist attraktiv, sondern ein Arbeitsleben, in dem sich Erwerbsarbeit (voll oder teilzeit) mit Reproduktions-, Familien-, Eigen- oder freiwilliger Arbeit und Phasen von (Aus-)Bildung, Urlaub, Orientierung etc. abwechseln und mehr Freiheit für die Lebensgestaltung schafft. So wären auch Phasen von Nicht-Erwerbstätigkeit normaler Bestandteil einer Biographie, und Erwerbslose wären nicht mehr „die anderen“. Die Akzeptanz eines solchen Modells von der Zukunft der Arbeit würde eine andere Sicht auf Problem und Lösung ermöglichen und eine andere Prioritätensetzung erfordern.

Zunächst wären Phasen von Nicht-Erwerbstätigkeit nicht nur unter dem Aspekt der denkbaren Ausstiegsmöglichkeiten (bzw. Einstiegsmöglichkeiten in den ersten Arbeitsmarkt) zu betrachten, sondern das Augenmerk müßte auch auf die Lebensbedingungen während dieser Phasen gerichtet werden. Das hieße eine aktive Interessenpolitik für diejenigen, die längerfristig oder zeitweise auf soziale Sicherung angewiesen sind, zu betreiben, z. B. in bezug auf eine ausreichende materielle Absicherung und die Reform der Sozialleistungssysteme – weg von einem restriktiven, kontrollierenden System hin zu einem System, das für die Menschen Handlungsspielräume in den verschiedenen Lebenssituationen schafft. Beispielsweise könnten die Gewerkschaften deutlich Stellung beziehen gegen die Verschärfung von Verfügbarkeits- und Zumutbarkeitsregelungen, die zwangsweise Verpflichtung von Sozialhilfeberechtigten zu gemeinnütziger Arbeit zu Sozialhilfebedingungen und vieles mehr. Gleichzeitig würde es bedeuten, die entstehenden verschiedenen Formen von Selbstorganisation und informeller Arbeit nicht nur als bedrohlich zu bewerten, sondern diese positiv kritisch zu unterstützen und zu fördern.

Auf tarifpolitischer Ebene müßten Aspekte wie Zeitsouveränität, Zeitwohlstand, Förderung von Bildungsphasen und Freistellung, erleichterte Übergänge von Erwerbstätigkeit zu Nicht-Erwerbstätigkeit etc., die den o. g. Bedürfnissen entsprechen, Berücksichtigung finden.

4. Zusammenfassende Thesen

Durch die Veränderung der Arbeitswelt, Massenarbeitslosigkeit, Auflösung traditioneller Familienstrukturen etc. ist (relative) Armut auch in der Bundesrepublik kein unwesentliches Randproblem mehr, sondern ein erheblicher Anteil der Bevölkerung ist von ihr betroffen.

Die Armutspopulation ist zunehmend heterogen. Zeiten von Erwerbslosigkeit und Armut gehören für einen wachsenden Teil der Bevölkerung zur normalen Biographie. Einerseits läßt sich zwar die eher kleine Gruppe von dauerhaft Armen identifizieren, deren Chancen zur Überwindung von Armut schlecht scheinen. Dazu gehören beispielsweise Menschen, die aufgrund körperlicher oder geistiger Einschränkungen oder schlechter Ausbildung den steigenden Anforderungen im Arbeitsleben nicht genügen können, Flüchtlinge und Zuwanderer, die sprachlichen, kulturellen, rechtlichen Barrieren gegenüberstehen, Jugendliche, die in Armutsvierteln aufwachsen und entsprechend sozialisiert und stigmatisiert sind. Mit der Dauer der Armut schwinden Ressourcen sowie Chancen, und für diese Menschen wächst gleichzeitig Perspektivlosigkeit, soziale Ausgrenzung und Verelendung.

Andererseits ist das Armutsrisiko nicht mehr auf eindeutige Risikogruppen und untere Einkommensbereiche beschränkt, sondern reicht weit in mittlere Einkommenslagen hinein. Die Mehrheit der Armutspopulation sind Menschen mit unterschiedlichen Voraussetzungen und Lebensstilen, die einmal oder wiederkehrend für kürzere oder längere Perioden in die Armut fallen, diese aber auch wieder überwinden – wobei sich ihre Einkommenslage auch dann oft im armutsnahen Bereich befindet.

Die politischen und administrativen Antworten auf das Problem weisen im wesentlichen in zwei Richtungen: erstens Bekämpfung von Armut durch Erwerbsarbeit und zweitens Einschnitte in das Sozialleistungssystem (im wesentlichen mit dem Ziel, die Sozialleistungskosten zu reduzieren). Die Erwerbsarbeitszentrierung selbst wird nicht grundsätzlich in Frage gestellt.

Sozialpolitisch ergeben sich daraus folgende Entwicklungstrends:

- Die existentielle Absicherung außerhalb von Erwerbsarbeit wird eingeschränkt, etwa die geplante Angleichung von Arbeitslosenhilfe an die Sozialhilfe, geringere Einzahlungen in die Rentenkasse bei Arbeitslosigkeit, Senkung der gesetzlichen und Stärkung der privaten Altersversorgung, Abkehr vom Bedarfsdeckungsprinzip in der Sozialhilfe – um nur einige Beispiele zu nennen.
- Die staatliche Kontrolle und Reglementierung sowie Diffamierung der Betroffenen nimmt zu, z. B. der Einsatz von Sozialdetektiven, Hausbesuche, Aushöhlung

von Datenschutz, Gewährung von Sachleistungen, Verweigerung von Sozialhilfeleistungen bei Mitgliedschaften in Tauschringen (wegen Selbsthilfemöglichkeit) oder bei ehrenamtlicher Tätigkeit (wegen mangelnder Verfügbarkeit für den ersten Arbeitsmarkt).

- Der Arbeitszwang wird ohne Rücksicht auf Qualität und arbeits- und sozialrechtliche Standards verschärft, etwa durch Vermittlung in unterqualifizierte und Zeit- oder Leiharbeit, Vermittlung in Niedriglohnjobs, Verweigerung von ergänzender Sozialhilfe, wenn diese unter 400,- DM betragen würde, weil dies auch durch einen 630,- DM-Job zu decken sei (Hamburg), und besonders durch die Verpflichtung zu gemeinnütziger Arbeit, die die Betroffenen weiter in der Sozialhilfe beläßt und keine arbeits- und sozialrechtlichen Ansprüche verschafft.

Eine ökologische oder nachhaltige Entwicklung wird bei dem vorherrschenden Umgang mit Erwerbslosigkeit und Armut weder intendiert, noch positiv beeinflusst. Ökologische Aspekte werden in der Regel von offizieller Seite allenfalls als Argumente für Leistungskürzungen benutzt, z. B. bei dem Verweis auf Gebrauchtmöbel oder die Tafeln. Auch das Argument, Armut begünstige eine ökologische Entwicklung notwendigerweise, da gezwungenermaßen aufgrund materieller Knappheit weniger konsumiert würde, ist bei näherer Betrachtung nicht zu halten. Legt man die Nachhaltigkeitskriterien „weniger, anders, besser“ zugrunde, wird zwar weniger, aber weder anders noch besser konsumiert.

In der Regel behindern Armutsbedingungen ökologisches Verhalten aus folgenden Gründen:

- Es fehlen materielle Ressourcen, und ökologisches Verhalten scheitert selbst bei umweltbewußten KonsumentInnen oft an ganz praktischen Dingen. In erster Linie werden immer wieder für alle Bereiche ausdrücklich die höheren Kosten, der Mangel an Mobilität und räumlichen Möglichkeiten deutlich betont.
- Die restriktive und reglementierende Gewährung von Sozialleistungen (insbesondere Sozialhilfe) be- und verhindert ökologisches Verhalten und nachhaltige Lebensmodelle.
- Jeder Versuch, attraktive Lebensmodelle jenseits von materiellen Werten und Konsumzwang zu entwickeln, steht in der Gefahr, sozialpolitisch die Begründung für weitere Leistungskürzungen zu liefern.
- Das Leitbild „gut leben statt viel haben“ ist für Menschen in Armut nicht attraktiv, sondern geht an ihren Problemen vorbei.

Lebensqualität (gut leben) gewinnt unter Armutsbedingungen eine andere Bedeutung.

Herkömmlich und aus ökologischer Perspektive bedeutet Lebensqualität eine zusätzliche Dimension – eine Erweiterung (oder Ersatz) des materiellen Wohlstands um immaterielle Werte wie Glück, Zufriedenheit, Erfüllung, Selbstverwirklichung etc. –, eben Qualität statt Quantität. Aus der Perspektive von Armut bedeutet Lebensqualität allerdings in erster Linie eine ausreichende materielle Absicherung – also eine ma-

terielle Wohlstandssteigerung als existenzielle Basis und notwendige Voraussetzung für immaterielle Wertorientierungen.

Neben materieller Absicherung und Teilhabe ist ein weiteres wesentliches Moment für Lebensqualität die Möglichkeit, selbstbestimmt agieren, d. h. über Entscheidungs- und Handlungsspielräume verfügen zu können, die eine Prioritätensetzung und die Gestaltung des eigenen Lebens möglich machen. Während einerseits diese aktive Lebensgestaltung unter der Überschrift der Selbsthilfe von den Betroffenen eingefordert wird, wird sie andererseits durch eine restriktive, kontrollierende Sozialleistungsgewährung massiv behindert.

Als Reaktion auf die gesellschaftlichen Veränderungen haben sich verschiedene individuelle und kollektive Ansätze entwickelt, um auch unter den Bedingungen von Erwerbslosigkeit und Armut Lebensqualität zu realisieren. Was vorrangig Notlösung ist, birgt andererseits auch Potentiale für eine nachhaltige Entwicklung. Arbeitslosigkeit und Armut erleben die meisten Betroffenen zunächst einmal als Krise – als ein Scheitern an den konventionellen Lebens- und Orientierungsmustern. In dieser Krise sind die Betroffenen gezwungen, sich mit den Wertvorstellungen dieser Gesellschaft (und den eigenen) auseinander zu setzen: Der Sinn von (Erwerbs-)Arbeit muß neu definiert, neue Handlungs- und Tätigkeitsfelder gefunden, Alltag neu strukturiert, Beziehungen neu bestimmt, die materielle Existenz gesichert und nicht zuletzt die Bedeutung von Konsum neu bewertet werden.

Die Gewerkschaften als große Arbeitnehmerorganisationen mit Schwerpunkt auf betrieblicher Arbeit waren für die Betroffenen, die aus dem Erwerbsleben ganz oder teilweise herausgefallen oder nie integriert waren, keine adäquate Interessenvertretung. Es entstanden neue eigene Organisationsformen wie z. B. Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen, die in diesem Veränderungsprozeß eine wichtige Rolle spielen.

Hier entstehen Räume für die Entwicklung von alternativen gesellschaftlich (noch) nicht vorgesehenen Lebenskonzepten. Dies geschieht auf drei Ebenen:

- Auf der gesellschaftlichen Ebene wird für materielle und soziale Absicherung und Teilhabe und bessere Lebensbedingungen gestritten, das lohnarbeitszentrierte Lebensmodell mit der Erwerbsarbeit als einzig sinnstiftend wird in Frage gestellt, und neue Modelle von Absicherung, Arbeit und Leben werden entworfen.
- Auf der individuellen Ebene werden die Betroffenen durch unterstützende Beratung und das Aufbrechen von Isolation motiviert, Perspektiven zu entwickeln und im Austausch mit anderen neue Wege zu gehen, z. B. den Alltag neu zu strukturieren, soziale Kontakte und Netze aufzubauen, eigene erwerbsunabhängige Fähigkeiten zu entdecken und einzubringen, sich Umwelt anzueignen und mitzugestalten etc.
- Auf der praktischen Ebene entstehen Handlungs- und Tätigkeitsfelder, die direkt die Lebensqualität der Betroffenen verbessern. Diese entwickeln sich entweder im Rahmen der Initiativen als Form der Selbsthilfe, indem Sachen oder Leistungen getauscht und ausgeliehen, gemeinsame kulturelle Aktivitäten organisiert werden und praktische Solidarität geübt wird. Oder sie entstehen neben oder aus der Ar-

beit heraus als organisierte Formen wie z. B. Tauschringe, erwerbsorientierte Selbsthilfeprojekte, solidarische Beschäftigungsprojekte wie z. B. in Bremen ein Vollwert-Restaurant mit nach Einkommen gestaffelten Preisen oder Modellprojekte wie das GROBI oder Zentren für neue Arbeit.

Diese neuen Organisations- und Lebensformen sind wichtige Beiträge für eine nachhaltige Entwicklung. Allerdings wird ihre Realisierung und Etablierung aktuell wie beschrieben durch vielfältige rechtliche und administrative Restriktionen be- und verhindert.

Die Gewerkschaften könnten einen Beitrag zur Etablierung dieser neuen Organisations- und Lebensformen leisten, indem sie sich für eine bessere materielle Absicherung von Menschen außerhalb von Erwerbsarbeit und weniger restriktive Sozialleistungsgewährung einsetzen. Dies würde allerdings voraussetzen, daß die Gewerkschaften sich von dem Modell der klassischen Erwerbsarbeitsgesellschaft als einzige Lösung und Hauptziel verabschieden.

Literatur

1. Bundeskongreß der Arbeitslosen (1983): Arbeitsloseninitiativen der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin (Hg.). Materialien zur Sozialarbeit und Sozialpolitik, Band 6. Frankfurt a. M.: Fachhochschule Frankfurt.
- AG Neue Arbeit(-sorganisation) (Hg.) (1998): Konzept für ein (Beratungs-)Zentrum für neue Arbeit. Entwurf vom 5.12.1998. Unveröffentlichtes Konzeptpapier, zu beziehen über Hg., Bauernstraße 2, 28203 Bremen.
- Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA) (1997): Nr. 11, Nürnberg: Bundesanstalt für Arbeit.
- Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA) (1999): Nr. 1, Nürnberg: Bundesanstalt für Arbeit.
- Barlösius, Eva (1995): Lebensstilanalyse und arme Lebenssituationen. In: E. Barlösius/E. Feichtinger/B. M. Köhler (Hg.): Ernährung in der Armut: Gesundheitliche, soziale und kulturelle Folgen in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin: edition sigma, S. 306-325.
- BUND/Misereor (1995): Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie, Basel.
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen e.V. (BAG-SHI) (1998): Rundbrief Nr. 4., Frankfurt a. M.: Hg.
- Bundesarbeitsgemeinschaft unabhängiger Erwerbsloseninitiativen (1999): Plattform für eine andere Arbeit. Beschlossen auf dem Bundestreffen in Bad Bevensen im Januar 1999. Zu beziehen über: Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg.
- Bundesarbeitsgruppen der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut (1996): Wir fordern Existenzgeld für alle Menschen – 10 Positionen gegen falsche Bescheidenheit, Frankfurt a. M.: Hg., c/o Frankfurter Arbeitslosenzentrum.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Kinder (1998): Zehnter Kinder- und Jugendbericht. Deutscher Bundestag, Drucksache 13/11368, Bonn.
- Bündnis 90/DIE GRÜNEN (1998): Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert, Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Bonn.
- Busch-Geertsema, Volker/Ruhstrat, Ekke-Ulf (1993): „Das macht die Seele so kaputt ...“ Armut in Bremen. Bremen: Edition Temmen.
- DER SPIEGEL (1998): Nach oben offen. Ausgabe vom 27. Juli 1998, S. 78f.
- DGB (1999): Arbeit und Umwelt. DGB-Positionspapier zum Thema und Fachdialog „Umwelt“ im Bündnis für Arbeit. WSI Mitteilungen 9/1999. Frankfurt a. M.: Bund-Verlag, S. 651-658.
- Feichtinger, Elfriede (1995): Armut und Ernährung im Wohlstand: Topographie eines Problems. In: E. Barlösius/E. Feichtinger/B. M. Köhler (Hg.): Ernährung in der Armut: Gesundheitliche, soziale und kulturelle Folgen in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin: edition sigma, S. 291-306.
- Frankfurter Arbeitslosenzentrum (FALZ) (1998): Arbeitsdienst – wieder salonfähig. Zwang zur Arbeit in Geschichte und Sozialstaat. Frankfurt a. M.: Fachhochschulverlag.
- Frankfurter Rundschau (1998): Das Schlagwort von der Neuen Arbeit – Eine Idee beißt sich mit der Realität. Ausgabe vom 21. November 1998.
- Haan, Gerhard de/Kuckartz, Udo (1996): Umweltbewußtsein – Denken und Handeln in Umweltkrisen. Opladen: Westdeutscher Verlag.

- Habich, Roland/Krause, Peter (1995): Armut in der Bundesrepublik. In: E. Barlösius/E. Feichtinger/B. M. Köhler (Hg.): Ernährung in der Armut: Gesundheitliche, soziale und kulturelle Folgen in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin: edition sigma, S. 62-68.
- Hanesch, Walter et al. (1994): Armut in Deutschland. Armutsbericht des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbands (Hg.). Hamburg: Rowohlt.
- Hauch, Regine (1998): Mit Sozialhilfe leben. Frankfurt a. M.: Eichborn.
- Hauser, Richard/Hübinger, Werner (1993): Arme unter uns. Teil I, Ergebnisse und Konsequenzen der Caritas-Armutsuntersuchung. Deutscher Caritasverband (Hg.). Freiburg i. Br.: Lambertus.
- IfS – Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH/S.T.E.R.N. – Gesellschaft der behutsamen Stadterneuerung (1998): Sozialorientierte Stadtentwicklung. Gutachten im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie (Zusammenfassung). Berlin.
- IG Metall (1997): Arbeiten für 'nen Appel ohne Ei. Dokumentation der Tagung vom 3. Mai 1997, Frankfurt a. M.
- Kamensky, Jutta (1995): Essen und Ernähren mit Sozialhilfe – ein Bericht aus der Praxis. In: E. Barlösius/E. Feichtinger/B. M. Köhler (Hg.): Ernährung in der Armut: Gesundheitliche, soziale und kulturelle Folgen in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin: edition sigma, S. 237-254.
- Krämer, Walter (1997): Statistische Probleme bei der Armutsmessung. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Gesundheit, Band 94. Baden-Baden: Nomos.
- Kronauer, Martin/Vogel, Berthold/Gerlach, Frank (1993): Im Schatten der Arbeitsgesellschaft. Frankfurt a. M.: Campus.
- Kube, Angelika/Stielike, Ursula (1996): 20 Jahre aktive Auseinandersetzung mit Arbeitslosigkeit und Armut. Aktionsgemeinschaft Arbeitsloser Bürgerinnen und Bürger AGAG e.V. (Hg.). Bremen.
- Lehr- und Praxiskommentar zum Bundessozialhilfegesetz (1998): 5. Auflage. Baden-Baden: Nomos.
- Loske, Reinhard (1996): Gut leben, statt viel haben. In: Herausforderung – Sustainability, Dokumentation einer Fachtagung. Verbraucherzentrale NRW, S. 19-29.
- Pfaff, Anita B. (1995): Sozialstaatentwicklung und Armut in der Bundesrepublik Deutschland. In: E. Barlösius/E. Feichtinger/B.M. Köhler (Hg.): Ernährung in der Armut: Gesundheitliche, soziale und kulturelle Folgen in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin: edition sigma, S. 29-61.
- Poferl, Angelika/Schilling, Karin/Brand, Karl-Werner (1997): Umweltbewußtsein und Alltagshandeln. Umweltbundesamt (Hg.). Opladen: Leske + Budrich.
- Quer (überregionale und unabhängige Monatszeitung für Arbeitslose) (1998): Aktionstage gegen Arbeitslosigkeit und Armut, Vorläufiges Fazit oder – Die „Wirklichkeit“ und ihre Verarbeitung. Quer Heft 5, Oktober 1998, S. 9-18.
- Rein, Harald/Scherer, Wolfgang (1993): Erwerbslosigkeit und politischer Protest. Europäische Hochschulschriften. Frankfurt a. M.: Peter Lang.
- Roth, Rainer (1992): Über den Monat am Ende des Geldes. Frankfurt a. M.: Fachhochschule Frankfurt.
- Roth, Rainer (1998): Über den Lohn am Ende des Monats. Frankfurt a. M.: DVS
- Scherer, Wolfgang (1995a): Arbeitseinsatz von Sozialhilfeberechtigten. Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen e.V. (Hg.). Frankfurt a. M.
- Scherer, Wolfgang (1995b): Örtliche Leistungen in der Sozialhilfe – Auswertung einer Umfrage. Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen e.V. (Hg.) Frankfurt a. M.
- Schulze, Gerhard (1996): Kontrapunkt: Armut in der Kultur des Reichtums. In: F. Hengsbach/M. Möhring-Hesse (Hg.): Eure Armut kotzt uns an! Solidarität in der Krise. Frankfurt a. M.: Fischer, S. 52-66.
- Sozialgesetzbuch Drittes Buch (1998): 1. Ausgabe. Nürnberg: Bundesanstalt für Arbeit.
- Statistisches Bundesamt (Hg.) (1999): Sozialleistungen, Sozialhilfe in Deutschland. Wiesbaden: Hg.

- Stock, Lothar/Scherer, Wolfgang (1990): Mit dem „Statistikmodell“ flexibel weiter in die Armut. Arbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen (Hg.). Frankfurt a. M.
- TAZ (die tageszeitung) (1996): Kauf nicht, und Du bist gut. TAZ vom 23. Oktober 1996.
- TAZ (die tageszeitung) (1998): Kaufkraft heute geringer 1980. TAZ vom 6. Mai 1998.
- TAZ (die tageszeitung) (1999a): Düstere Prognose für Rot-Grün und Arbeitslose. TAZ vom 6. Januar 1999.
- TAZ (die tageszeitung) (1999b): Die Ärmsten der Armen im Rechnungshof-Visier. TAZ vom 26. Januar 1999.
- TAZ (die tageszeitung) (1999c): Alles „im Durchschnitt“. TAZ vom 29. Januar 1999.
- TAZ (die tageszeitung) (1999d): Soll und Haben. TAZ vom 30./31. Januar 1999.
- Veen, Hanneke van/van Eeden, Rob (1996): Knausern Sie sich reich! Landsberg a. L.: mvg.
- Wagner, Wolf (1991): Angst vor der Armut 1982 und 1991. Berlin: Rotbuch.
- Weser Kurier (1998): „Keine soziale Hängematte“. Ausgabe vom 26. Juni 1998.
- Wolski-Prenger, Friedhelm (1989): Arbeitslosenprojekte zwischen sozialer Arbeit und sozialer Bewegung. Europäische Hochschulschriften. Frankfurt a. M.: Peter Lang.

Papers der Querschnittsgruppe „Arbeit & Ökologie“

- P98-501 Jürgen Blazejczak, Eckart Hildebrandt, Joachim H. Spangenberg, Helmut Weidner: Arbeit und Ökologie – Ein neues Forschungsprogramm, 85 S.
- P99-501 IG Metall/WZB: Gewerkschaften und Ökologie. Forschungs- und Betriebsprojekte zu nachhaltiger Entwicklung (Dokumentation). Redaktion: Joachim Beerhorst/Anneli Rüling, 58 S.
- P99-502 Eckart Hildebrandt: Arbeit und Nachhaltigkeit, 39 S.
- P99-503 Felix Beutler, Jörg Brackmann: Neue Mobilitätskonzepte in Deutschland – Ökologische, soziale und wirtschaftliche Perspektiven, 80 S.
- P99-504 Volker Hielscher: Gewerkschaftsarbeit im Wohngebiet: Eine Antwort auf neue Herausforderungen der Gewerkschaften?, 29 S.
- P99-505 Sebastian Brandl, Ulli Lawatsch: Vernetzung von betrieblichen Interessenvertretungen entlang der Stoffströme – Alternativen zu dezentralisierten, den einzelnen Betrieb betreffenden Formen der Interessenvertretung, 46 S.
- P99-506 Carroll Haak, Günther Schmid: Arbeitsmärkte für Künstler und Publizisten – Modelle einer zukünftigen Arbeitswelt?, 44 S.
- P99-507 Eckart Hildebrandt: Flexible Arbeit und nachhaltige Lebensführung, 38 S.
- P99-508 Weert Canzler, Andreas Knie: Neue Mobilitätskonzepte: Rahmenbedingungen, Chancen und Grenzen, 33 S.
- P99-509 Elisabeth Redler: Eigenarbeits- und Reparaturzentren – ökologische Qualität der Eigenarbeit, 36 S.
- P99-510 Ulrike Schumacher: Zwischen Ausgrenzung und neuen Potentialen – Die Modernisierung ehrenamtlicher Arbeit und der individuelle Mix von Tätigkeiten am Beispiel des Engagements in Berliner Umweltschutzorganisationen, 59 S.
- P99-511 Thomas Ritt: Die Beschäftigungsfelder im Umweltschutz und deren Veränderung, 41 S.
- P99-512 Frank Kleemann, Ingo Matuschek, G. Günter Voß: Zur Subjektivierung von Arbeit, 50 S.
- P00-501 Frank H. Witt, Christoph Zydorek: Informations- und Kommunikationstechnologien – Beschäftigung, Arbeitsformen und Umweltschutz, 59 S.
- P00-502 Jürgen P. Rinderspacher: Zeitwohlstand in der Moderne, 76 S.
- P00-503 Klaus Fichter: Beteiligung im betrieblichen Umweltmanagement, 38 S.
- P00-504 Adelheid Biesecker: Kooperative Vielfalt und das „Ganze der Arbeit“ – Überlegungen zu einem erweiterten Arbeitsbegriff, 23 S.

- P00-505 Heinz-Herbert Noll: Konzepte der Wohlfahrtsentwicklung: Lebensqualität und „neue“ Wohlfahrtskonzepte, 29 S.
- P00-506 Carsten Schneider: Veränderungen von Arbeits- und Umwelteinstellungen im internationalen Vergleich, 40 S.
- P00-507 Wolfgang Hien: Betrieblicher Gesundheitsschutz und betrieblicher Umweltschutz unter Mitarbeiterbeteiligung: Konflikt- und Synergiepotentiale, 39 S.
- P00-508 Hermann Schäfer: Ökologische Betriebsinitiativen und Beteiligung von Arbeitnehmern an Umweltmanagementsystemen, 31 S.
- P00-509 Josef Hilbert: Vom Kostenfaktor zur Beschäftigungslokomotive – Zur Zukunft der Arbeit in der Gesundheits- und Sozialwirtschaft, 43 S.
- P00-510 Max Geray: Verbindung der Ökologisierung von Produktionsstrukturen und Produktionsverfahren mit aktiver Gesundheitspolitik im Betrieb, 39 S.
- P00-511 Karin Schulze Buschhoff: Über den Wandel der Normalität im Erwerbs- und Familienleben: Vom Normalarbeitsverhältnis und der Normalfamilie zur Flexibilisierung und zu neuen Lebensformen?, 31 S.
- P00-512 Sabine Krüger: Arbeit und Umwelt verbinden – Probleme der Interaktion zwischen Gewerkschaften und Nicht-Regierungsorganisationen, 57 S.
- P00-513 Uta Cupok: Lokales Handwerk: Dienstleistungen und Unternehmensnetzwerke, 50 S.
- P00-514 Martin Prange, Günter Warsewa: Arbeit und nachhaltige Stadtentwicklung – das Handlungsfeld lokale Ökonomie, 37 S.
- P00-515 Eckhard Priller, Jana Rückert-John: Nonprofit-Organisationen im Umweltbereich – Strukturen, Tätigkeitsfelder und Beschäftigungspotentiale, 43 S.
- P00-516 Peter Bleses: Auf zu neuen Ufern? Arbeit und Einkommen in der gewerkschaftlichen Zukunftsdebatte, 43 S.
- P00-517 Antje Vetterlein: Verhandelbarkeit von Arbeitszeitverkürzung. Zum Versuch neokorporatistischer Beschäftigungssteuerung im „Bündnis für Arbeit“, 93 S.
- P00-518 Karin Schulze Buschhoff unter Mitarbeit von Jana Rückert-John: Vom Normalarbeitsverhältnis zur Flexibilisierung – über den Wandel der Arbeitszeitmuster: Ausmaß, Bewertung und Präferenzen, 29 S.
- P00-519 Katrin Gillwald: Konzepte sozialer Innovation, 50 S.
- P00-520 Manfred Moldaschl: Neue Arbeitsformen und ökologisches Handeln, 43 S.
- P00-521 Willy Bierter: Dematerialisierung und Beschäftigung im Rahmen einer pluralen Ökonomie, 25 S.

- P00-522 Gerd U. Scholl: Beschäftigungsimplicationen und ökologische Wirkungen einer Verlängerung und Intensivierung der Produktnutzung, 45 S.
- P00-523 Jana Rückert-John: Soziale Dimensionen der Nachhaltigkeit – Der „Runde Tisch zur nachhaltigen Entwicklung in Berlin und Brandenburg“, 44 S.
- P00-524 Volker Teichert: Die informelle Ökonomie als notwendiger Bestandteil der formellen Erwerbswirtschaft. Zu den ökonomischen, sozialen und ökologischen Wirkungen informellen Arbeitens, 138 S.
- P00-525 Peter Bleses und Georg Vobruba: Entwicklungslinien und Zukunftsperspektiven der Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, 53 S.
- P01-501 Sven Ripsas: Unternehmensgründung im Umweltschutz, 33 S.
- P01-502 Welf Schröter: Fallstudie AIFU „Regionales Anwender- und Innovations-Forum Umwelttechnologie“ Heilbronn/Neckarsulm. Ein bewertender Erfahrungsbericht aus der Perspektive der AIFU-Moderation, 39 S.

Bei Ihren Bestellungen von WZB-Papers schicken Sie bitte unbedingt einen an Sie adressierten **Aufkleber** mit, sowie **je Paper eine Briefmarke im Wert von DM 1,00** oder einen "**Coupon Réponse International**" (für Besteller aus dem Ausland).

Please send a **self-addressed label** and **postage stamps in the amount of 1 DM** or a "**Coupon-Réponse International**" (if you are ordering from outside Germany) for **each WZB-Paper** requested.

Bestellschein

Order Form

Absender • Return Address:

An das
Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung
PRESSE- UND INFORMATIONSREFERAT
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin

*Hiermit bestelle ich folgende(s)
Discussion Paper(s):*

*Please send me the following
Discussion Paper(s):*

Autor(en) / Kurztitel • Author(s) / Title(s) in brief	Bestellnummer • Order no.